

Liebe Freundinnen und Freunde

Rede von Esther Bejarano anlässlich der Antinazi-Demonstration in Pinneberg
am 6. Juni 2009

Ich möchte heute und hier darüber sprechen, wie Überlebende von Auschwitz und anderen von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslagern empfinden, welche Gedanken bei ihnen hochkommen, wenn sie sehen, wie braune Horden von Polizei und Justiz geschützt werden, wenn, wie schon vor Jahren, die Entsorgungskampagne konservativer Historiker sozusagen wissenschaftlich formuliert hat, was schon immer an den Biertischen in den Kneipen zu hören war und nicht erst nach vielen, vielen Jahren: Endlich mit der Vergangenheit aufzuhören – endlich mal den



*Esther Bejarano am 6. Juni 2009 in Pinneberg
Foto: Helga Obens*

Schlussstrich zu ziehen. Das war immer vorhanden seit ich hier lebe, mehr oder weniger offen, unterschwellig und überschwellig. Selbst führende Politiker scheuen sich schon lange nicht mehr, offen auszusprechen „endlich aus dem Schatten Hitlers zu treten“, oder: „Ein Volk, das solche wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, endlich nichts mehr von Auschwitz hören zu müssen“, oder: „Das deutsche Volk kann doch nicht ewig in der Weltgeschichte auf der Anklagebank sitzen“ usw.

Erwartet keinen Aufschrei von uns, den Überlebenden von Auschwitz. Wir hätten unaufhörlich, seit wir hier in der Bundesrepublik leben, aufschreien müssen. Niemand von uns konnte sich seit 1945 vorstellen, wel-

che Fähigkeit der Verdrängung und der Verleugnung die Schuldigen entwickeln konnten. Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, kann es schwer erahnen, was dies für die Übriggebliebenen bedeutet: hier zu leben, als wäre Auschwitz nie geschehen.

Es war das organisierte Schweigen und Verschweigen, eingehüllt in eine Decke des Schweigens, uns aber blieb der Alptraum in der Nacht, das wieder erlebte Entsetzen, das uns aus dem Schlaf reißt. Manche unter uns konnten so nicht weiterleben und begingen Selbstmord. Auch ich hätte hier nicht leben können, wenn ich nicht gewusst hätte, dass es einen deutschen antifaschistischen Widerstand gegeben hat, der ja auch verschwiegen wurde, welche Leiden und Opfer er gekostet hat, wenn nicht deutsche Antifaschisten an unserer Seite gestanden hätten. Sie durchbrachen immerfort die Mauern des Schweigens, und zu ihnen gesellten sich immer mehr Menschen, die nicht so leben wollten, als hätte es kein Auschwitz gegeben. Sie haben sich auf die Seite der Opfer gestellt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir werden nicht ruhen, solange Alt- und Neonazis ihre menschenverachtende Ideologie in unserem Land verbreiten, jüdische Gräber geschändet und Menschen tödlich angegriffen, ja sogar ermordet werden. Unsere Regierung feiert 60 Jahre Grundgesetz, aber leider richtet sie sich nicht danach, denn in ihm steht, dass alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sein müssen, dass nazistische Schriften und Naziembleme verboten sind.

Kämpfen wir also für ein friedliches Leben ohne Rassismus und Antisemitismus.

Das bin ich jedenfalls den Millionen Opfern der nationalsozialistischen Verbrechen schuldig, und ich zähle auf unsere Jugend, die niemals vergessen wird, was damals geschah.

Editorial

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,
Ihr haltet das neue Mitteilungsblatt in den Händen. Ein Jahr ist die letzte Ausgabe her. Wir berichten über die Aktivitäten des Auschwitz-Komitees im vergangenen Jahr, und unsere Mitglieder reflektieren über verschiedene andere spannende Themen: Moritz Terfloth diskutiert Sinn und Unsinn der Stolpersteine (Seite 6-8), Jonny Schanz berichtet über eine Berliner Ausstellung zum Arbeiterwiderstand (Seite 10), Elsa Werner beschäftigt sich mit der Rede von Barack Obama in der Gedenkstätte Buchenwald (Seite 17-18),

selbst der Papst ist in unserer Zeitung zu finden (Seite 18), und Barbara Terfloth hat das nachgelassene Buch von Peter Gingold gelesen und ist begeistert (Seite 31). Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den diesmal 32 Seiten. Wir wünschen euch einen schönen Sommer.

BITTE BEACHTET BESONDERS DIE RÜCKSEITE:
Gemeinsam mit der VVN/BdA feiern wir am 30. August 65 Jahre Befreiung von Paris im neuen Metropolis.

Ike Büscher

Mitgliederversammlung des Auschwitz-Komitees

Am 5. Juli 2009 fand unsere Mitgliederversammlung statt, die wir alle zwei Jahre durchführen. Der neue Vorstand ist auch der alte:
Esther Bejarano (Vorsitzende),
Elsa Werner (Stellvertretende Vorsitzende),
Ike Büscher (Kasse),
Helga Obens und
Moritz Terfloth wurden einstimmig gewählt.

Ebenfalls einstimmig wurde der Beirat gewählt. Neu im Beirat ist marius giese, ansonsten bleibt alles beim Alten. Der Beirat besteht nun aus neun Mitgliedern: Barbara Terfloth, Florian Schmaltz, Frieda Larsen, Jonny Schanz, Katharina Obens, Lothar Zieske, marius giese, Nane Maßmann, Susanne Kondoch-Klockow. Bei einer Enthaltung wurden Gisela Reich und Oshra Danker als Revisorinnen wiedergewählt.

Impressum

Herausgeber:

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Redaktion:

Elsa Werner, Ike Büscher (v.i.S.d.P.), Moritz Terfloth

Auflage: 700

Druck: Hein & Co, Hamburg

Satz: Tanja Steinbrück

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Auschwitz-Komitees oder der Redaktion wieder.

An unsere Leserinnen und Leser richten wir die Bitte, an der Gestaltung unseres Mitteilungsblattes durch Beiträge und Leserbriefe mitzuwirken.

Das Auschwitz-Komitee trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr im Hamburg-Haus, Doormannsweg 12, 20259 Hamburg, Raum 14. Interessierte sind willkommen!

Redaktionsanschrift:

Auschwitz-Komitee

Postfach 304185

20324 Hamburg

Spenden für das Auschwitz-Komitee sind immer sehr willkommen (Spendenquittungen werden zugesandt).

Kontoinhaber: Auschwitz-Komitee e.V.

Kontonummer: 601 792 206

bei der Postbank Hamburg, BLZ: 200 100 20

Werkstattbericht Gedenkort Hannoverscher Bahnhof in Hamburg

Bereits im letzten Mitteilungsblatt haben wir von den Auseinandersetzungen und Fortschritten bei der Planung eines Gedenkorts in der Hamburger Hafencity berichtet. In den letzten Monaten sind weitere Schritte auf dem langen Weg zum würdigen Gedenken an die Opfer der Deportationen aus Hamburg in den Tod am historischen Ort, dem Hannoverschen Bahnhof, gegangen worden.

Das 2007 noch nach dem Bahnhofsvorplatz nichtsagend benannte „Colloquium Lohseplatz“ fand am 27. Oktober 2008 seine Fortsetzung in einem der Bedeutung der zu klärenden Fragen schon angemessener benannten „Werkstattgespräch – Der ehemalige Hannoversche Bahnhof – Ein Gedenkort in der Hafencity“. Dort stellten die Hafencity GmbH Hamburg und die Kulturbehörde, vertreten durch die Senatorin persönlich, die Fortschritte vor. Als Erfolg unserer Bemühungen muss dabei angesehen werden, dass das Auschwitz-Komitee, die Jüdische Gemeinde Hamburg und die Rom und Cinti Union bereits in die Vorbereitungen einbezogen worden waren und sich bemüht wurde, auf die Kritik und die Anregungen der Verbände einzugehen. In den bei dem „Werkstattgespräch“ vorgestellten Konkretisierungen der Planungen zum Gedenkort Hannoverscher Bahnhof finden sich so durchaus auch viele der vorgebrachten Forderungen des Auschwitz-Komitees wieder. Nach aktuellem Stand wird anstatt des ursprünglich vorgesehenen Gebäuderiegels zwischen dem früheren Bahnhofsgelände und der immer noch bestehenden Bahntrasse zum Hauptbahnhof ein „Bruch“ in der Bebauung vorgesehen. Die Stelle der historischen Reste eines Deportationsbahnsteigs wird freigehalten werden, so dass aus einem nach Hamburg einfahrenden Zug heraus abrupt zwischen höheren Neubauten eine Lücke zu sehen sein wird. Von dort aus könnte dann eine mehrere hundert Meter lange Wegverbindung den Verlauf der Gleisanlagen – von denen aus zwischen 1940 und 1945 tausende Menschen aus Hamburg und Norddeutschland aus rassistischen Gründen deportiert wurden – bis zu einem neu zu bauenden Dokumentationszentrum am Lohseplatz nachzeichnen.

In diesem Jahr beginnen die Ausschreibungen und Preisvergabeverfahren sowohl für die gesamte Grünanlage „Lohsepark“, in der sich der Gedenkort befinden wird, als auch für einen „Ideenwettbewerb“ für die konkrete Ausgestaltung der Gedenkstätte. Auch auf Drängen des Auschwitz-Komitees und der anderen Verbände, die Umsetzung so schnell wie möglich zu realisieren, stellte die Kulturbehörde erste sichtbare Ergebnisse bis 2011/2012 in Aussicht. Die Verbände sind bislang in die einzelnen Planungsschritte miteinbe-

zogen worden – wir hoffen, dass dies auch jetzt in der Phase stärkerer Konkretisierung weiter der Fall sein wird. Wir werden weiter berichten ...

Während Schritt für Schritt an der Realisierung der ferneren Zukunft eines umfassenden, weithin sichtbaren, informativen und würdigen Gedenkorts gearbeitet wird, haben auch weitere Aktionen stattgefunden, um den historischen Ort wieder mehr ins Bewusstsein der Stadt zu rücken. Dieses Jahr fand am Gedenktag für die Deportierten Sinti und Roma, dem 16. Mai, eine Freilichttheateraufführung des Dokumentarstücks „Der Hannoversche Bahnhof“ (siehe Bericht unten) statt. Außerdem zeigte die Kulturbehörde vom 17. Februar bis zum 26. April 2009 im Kunsthaus Hamburg die Ausstellung „In den Tod geschickt“, eine Dokumentation der Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945. Sowohl diese Ausstellung als



Lageplan des zukünftigen Gedenkorts Hannoverscher Bahnhof (Kulturbehörde Hamburg)

auch der von Linde Apel herausgegebene gleichnamige Ausstellungskatalog schließen eine seit Jahrzehnten unbegreiflicher Weise klaffende Informationslücke. Es ist fast beschämend, dass im Jahr 2009 noch erwähnt werden muss, dass die umfangreiche und durch neu geführte Interviews ergänzte Zusammenstellung des bis heute bekannten Forschungsstands zu Deportationen aus Hamburg die „erste gemeinsame Dokumentation“ der Deportationen der Sinti und Roma und der Juden darstellt.

So konnte die Ausstellung auch durchaus einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Zweifellos besteht

ihr Hauptvorzug darin, dass es sie überhaupt gibt, weil erstmals eine staatlich initiierte Darstellung des Deportationsgeschehens in Hamburg gezeigt wurde. Auch die Gestaltung unter Verwendung abstrahierter Waggon-Elemente und durch die Herstellung von inhaltlichen und persönlichen Gegenüberstellungen erscheint als angemessener Versuch, sich dem Leid und den begangenen Verbrechen anzunähern. Ob dies – wie es in der Diskussion ist – allerdings schon die zukünftige Dauerausstellung im geplanten Dokumentationszentrum sein kann und wird, bleibt noch zu klären. Es ist zu hoffen, dass bis dahin die jahrzehntelang vor sich hin dümpelnde Forschung zu diesem Thema weitere und weiterführende Erkenntnisse hervorbringen wird. Außerdem müsste noch weit mehr Raum für die Fragen nach der „Geschichte danach“ geschaffen werden: Wie lebten die Überlebenden der Verfolgungen nach 1945 weiter und wie wurde mit dem ihnen angetanen Unrecht umgegangen? Was ist aus den Tätern geworden? Wer waren die Profiteure? Und warum wollte über 60 Jahre lang niemand etwas davon wissen?

Und keinesfalls dürfte für den Besuch der zukünftigen Dauerausstellung im Dokumentationszentrum am Hannoverschen Bahnhof Eintritt verlangt werden, wie dies bei der im Kunsthaus gezeigten Ausstellung der Fall war!



Reste des Deportationsbahnsteiges am Hannoverschen Bahnhof–
Blickrichtung Innenstadt
Foto: Moritz Terfloth

Es bleibt also noch viel zu tun auf dem Weg zum Gedenkort Hannoverscher Bahnhof in der Hafencity. Die Grundsatzfragen sind weitgehend geklärt. Die planerische Gestaltung ist auf dem Weg in hoffentlich kompetente Hände. Dass daraus dann ein lebendiger Ort des Gedenkens, der Erinnerung, der Dokumentation und der Information werden kann, bedarf aber sicher noch der einen oder anderen Debatte und Auseinandersetzung.

Moritz Terfloth

Der Hannoversche Bahnhof. Dokumentarstück zur Geschichte des Hamburger Deportationsbahnhofs. 1940-1945, von Michael Batz (Text), Igor Zeller (Musik)

Es lesen: Robin Brosch, Isabella Vértes-Schütter, Sopran: Geraldine Follert, Bratsche: Jutta Hoppe, Tenorsaxophon: Karsten Glinski, Bariton: Igor Zeller. Eine junge Sintezza singt ein Lied auf Romenes, begleitet von Lolo Weiß auf der Klarinette.

Im Rahmen der Veranstaltungen zum Gedenken an die Deportation vom 16. Mai 1940, mit der viele in Hamburg und Norddeutschland lebende Sinti und Roma vom Hannoverschen Bahnhof nach Belzec verschleppt wurden, fand am 17. Mai 2009 auf dem Lohseplatz, dem ehemaligen Vorplatz des Hannoverschen Bahnhofs, die szenische Lesung des Dokumentarstücks „Der Hannoversche Bahnhof“ statt.

„Erster Name: Venloer Bahnhof. Venlo in den Niederlanden, erstes Ziel. Fünf Gleise kommen aus dem imposanten Bahnhofsgebäude Zweiter Name: Pariser Bahnhof. Paris, zweites Ziel. Drei Gleise gehen auf eine Drehscheibe. Hamburg reist. Dritter Name: Hannoverscher Bahnhof. Alle Ziele ab hier. [...]

Hannoverscher Bahnhof in Hamburg, Tor zur Welt. Letzte denkbare Namen nach seinen letzten tatsächlichen Zielorten: Minsker Bahnhof, Rigaer Bahnhof, Lodzer Bahnhof, Theresienstädter Bahnhof, Auschwitzter Bahnhof.“ (S. 241/242)

Die Texte, eine wortgewaltige Collage aus brutal sachlichen Zitaten aus Dokumenten der Reichsbahn, der Gestapo, des Finanzamtes, des Gerichtsvollziehers, aus Versteigerungsprotokollen, aus Namenslisten der ermordeten Deportierten, aus Erinnerungssplintern der wenigen Überlebenden und pointiert formulierten Erklärungen und Beschreibungen, ratterten in die Köpfe der Zuhörer und ließen keinen Raum für Verdrängung. Die Musik verdichtete das Gehörte zu unterschiedlichsten Gefühlen.

Diese Inszenierung am historischen Ort, der heute so wenig von seiner früheren Bedeutung zeigt, war ein beeindruckendes Erlebnis. Wir können nur hoffen und weiter darum kämpfen, dass die besondere

Bedeutung dieses Ortes in baldiger Zukunft jeden Tag und auch außerhalb besonderer Inszenierungen für jeden erkennbar und verstehbar wird: durch einen würdigen, informativen und lebendigen Gedenkort Hannoverscher Bahnhof!

Barbara Terfloth

Zitate aus dem Buch: Michael Batz: „Bitte nicht wecken!“ Holocaust in Hamburg. Zehn szenische Lesungen, herausgegeben von der Hamburgischen Bürgerschaft, München: Dölling und Galitz 2008, 2. Aufl. (ISBN: 978-3-937904-66-5, 18.00 EUR)



DER HANNOVERSCHE BAHNHOF

Dokumentarstück zur Geschichte des Hamburger Deportationsbahnhofes 1940 - 1945 von Michael Batz (Text) und Igor Zeller (Musik)

Samstag, 16. Mai, 16.00 Uhr
Sonntag, 17. Mai, 11.00 Uhr
Ort: Lohseplatz, 20457 Hamburg-HafenCity (open-air)

ES LESEN: Robin Brosch, Isabella Vértes-Schütter
SOPRAN: Geraldine Follert
BRATSCH: Jutta Hoppe
TENORSAXOPHON: Karsten Glnski
BARITON: Igor Zeller

Aus der Veranstaltungsankündigung der Hafencity GmbH

Z 3105. Der Sinto Walter Winter überlebt den Holocaust

Der Sinto Walter Winter wurde 1919 am 19. Juni als viertes Kind von neun Geschwistern in Ostfriesland geboren. Sein Vater war Pferdehändler. Heute fast 90-jährig, blickt er auf ein bewegtes und ereignisreiches Leben zurück. Vom Schaustellerkind zum Reichsarbeitsdienst, zur Wehrmacht, aus der er nach zwei Jahren aus „rassischen Gründen“ wieder entlassen wurde, dann Zwangsarbeit und die Deportation nach Auschwitz. Kurz vor Kriegsende wurde Walter Winter aus dem KZ heraus als Soldat in der SS-Division Dirlewanger zum Kämpfen gezwungen. Er konnte in den Kriegswirren flüchten. Nach dem Krieg baute er sich eine Existenz als Schausteller auf. Für seinen Einsatz zur Aufarbeitung des Völkermords an den Sinti und Roma und zur öffentlichen Anerkennung des an ihnen verübten Unrechts wurde er 2008 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt. Es gibt zwei Bücher von und über ihn. Sein erstes Buch „WinterZeit“ ist vergriffen. Das zweite, „Z 3105. Der Sinto Walter Winter überlebt den Holocaust“, ist neu erschienen. Karin Guth hat in über zwei Jahren Arbeit sehr umfangreich und so vollständig wie möglich Walter Winters Lebensgeschichte zusammengetragen.

Mir ist es besonders wichtig, dass dieses Buch gelesen wird, weil darin Walter Winter selbst authentisch von seinen Erlebnissen bis heute berichtet. Im dritten und letzten Teil werden der Aufbau seines neuen Lebens nach dem Krieg und seine Erinnerungsarbeit bis heute beschrieben.

Frieda Larsen

Walter Stanoski Winter: WinterZeit. Erinnerungen eines deutschen Sinto, der Auschwitz überlebt hat, hg. von Thomas W. Neumann und Michael Zimmermann, Hamburg: Ergebnisse-Verlag 1999; vergriffen
Karin Guth: Z 3105. Der Sinto Walter Winter überlebt den Holocaust, Hamburg: VSA 2009 (ISBN: 978-3-89965-337-3, 18.80 EUR)

Wer steht auf Gedenken?

Anmerkungen zum Stolperstein

Ab 1993 entwickelte der Kölner Künstler Gunter Demnig, aufbauend auf den Ideen seiner Kölner Kunstaktion zur Erinnerung an die während der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma, das Projekt „Stolpersteine“.

Die erste Verlegung von Stolpersteinen erfolgte 1997 in Berlin. In den Jahren 2000 bis 2009 sind über 20.000 Steine in 190 Städten und Ortschaften verlegt worden. Die weitere Entwicklung des Projekts wird mit Spannung zu beobachten sein. Meines Erachtens ist die Expansion der Idee in das europäische Ausland – Demnig verweist auf erste Steine in Budapest – eine gewaltige Herausforderung. Es wird zu sehen sein, ob beispielsweise tatsächlich im Bereich des damaligen Warschauer Gettos über 300.000 Messingplatten verlegt werden und wer diese bezahlen wird ...

Ein Stolperstein ist ca. zehn mal zehn Zentimeter groß, aus Messing und wird, anders als sein Name vermuten lässt, bündig in die Gehwegfläche verlegt. Das „Stolpern“ erfolgt dann allenfalls durch die Inschrift. Sie erinnert – in der Regel bestehend aus dem Namen und den bekannten Lebens- und Sterbedaten – an ein Opfer der nationalsozialistischen Mordpolitik. Verlegt wird ein Stolperstein vor dem letzten bekannten Wohnort der Ermordeten. Dadurch wird anschaulich verdeutlicht, dass sich die nationalsozialistische Verfolgung nicht nur an den – in der kollektiven Erinnerung meist weit entfernten – Stätten der Folter und Ermordung, für die sich „Auschwitz“ als symbolischer Sammelbegriff etabliert hat, abspielte, sondern mitten in den Städten und Ortschaften begann, wo die Opfer bis zu ihrer Verhaftung bzw. Deportation lebten.

Allen Mahn- und Gedenkorten, Tafeln und Mahnmalen, die in der Bundesrepublik an die Verbrechen Deutschlands während des Nationalsozialismus erinnern, ist gemein, dass sie stets nur aufgrund massiver Intervention von Überlebenden und Angehörigen, privater Initiativen und andauernden politischen und gesellschaftlichen Drucks in langwierigen und kontroversen Auseinandersetzungen entstanden sind. Anders als viele der inzwischen realisierten Gedenkstätten und Mahnmale strebt das Projekt Stolpersteine aber keine direkte Beteiligung der öffentlichen Hand an. Jeder Stolperstein wird zum Preis von zurzeit 95 Euro bei der Initiative in Auftrag gegeben. Es besteht also ein unmittelbarer dialogischer Prozess zwischen den Auftraggebern – Einzelpersonen oder Gruppen – und dem gesetzten Gedenkstein.

Ich möchte hier auf die seit Beginn des Projekts beispielsweise in einigen Überlebendenverbänden

immer wieder geführten Debatten über den Aspekt der unmittelbaren privaten Finanzierung verweisen. Einerseits wird kritisiert, dass diese Form des individuell finanzierten öffentlichen Gedenkens den deutschen Staat aus seiner historischen Verantwortung für ein würdiges Gedenken an die Opfer deutschen Unrechts entlasse. Darüber hinaus werden Bedenken getragen, ob durch die Tatsache, dass nur für Ermordete Steine gelegt werden, für die sich eine SpenderIn findet, ohnehin schon unbeachtete und „ungeliebte“ Opfer endgültig der Vergessenheit anheimfallen könnten.

Dem steht andererseits die von Anfang an auf alle Opfergruppen des Nationalsozialismus gerichtete Konzeption des Projekts ebenso gegenüber wie die Erkenntnis, dass wohl bis heute kaum ein Stein läge, wartete man auf die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Darüber hinaus werden durch das Konzept des zum relativ geringen Preis zu erwerbenden Gedenkelements im öffentlichen Raum zahlreiche Menschen unmittelbar zu einer Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit geführt, die den etablierteren Formen des Gedenkens bislang eher distanziert gegenüberstanden.

Trotzdem muss an dieser Stelle kurz auf ein Problem dieser Konzeption hingewiesen werden: Der Umstand, dass jeder und jede, die in der Lage ist, einen entsprechenden Betrag zur Setzung eines Stolpersteins aufzubringen, einen solchen „kaufen“ kann, führt zu einer von den Initiatoren sicherlich nicht intendierten Verquickung mit eben dem öffentlich-politischen Gedenken der RepräsentantInnen politischer Macht, das durch die Unmittelbarkeit der Stolperstein-Idee eigentlich vermieden werden sollte. Es stieß und stößt meist sauer auf, wenn sich PolitikerInnen anlässlich gängiger Gedenktage mit ritualisierten Sonntagsreden und Kranzabwürfen antifaschistisch gerieren, ansonsten aber in ihrer täglichen politischen Arbeit der bundesweiten Schlussstrichpolitik, dem Verdrängen, Verschweigen und Verharmlosen hingeben. Auf viel beachtete Reden etwa zum 8. Mai folgten jahrelange, bis heute nicht abgeschlossene Verzögerungs- und Verhinderungsstrategien bei der Anerkennung und Entschädigung noch lebender Opfer. Die Stolpersteine eröffnen dieser Doppelzüngigkeit ein neues Feld. Wenn etwa der Regierungschef des Bundeslandes Hamburg

medienwirksam über die Verlegung von ihm gespendeter Stolpersteine in Lübtheen (Mecklenburg-Vorpommern) berichten lässt (Der Spiegel, Nr. 24/2006, 12.6.2006, S. 169), vermischt sich hier das zu würdigende private Engagement des Bürgers Ole von Beust für das Gedenken mit seiner Rolle als Erster Bürgermeister einer Stadt, die sich – wie die allermeisten deutschen Gemeinwesen – bis heute mit einer vorbehaltlosen Aufarbeitung ihrer Vergangenheit schwer tut. Stolpersteine können eine aufrichtige, die Opfer respektierende und würdigende nachhaltige Vergangenheitspolitik nicht ersetzen!

Eine besondere Bedeutung kommt den Stolpersteinen beim Gedenken an die so genannten „vergessenen Opfer“ zu. Um es kurz noch einmal in Erinnerung zu rufen: In der Bundesrepublik folgte auf das bleierne Schweigen der Nachkriegsjahre eine langwierige und zähe Auseinandersetzung mit den eigenen Verbrechen. Das Mahnen und Gedenken richtete sich zunächst stark abstrahiert und hinter der Ungeheuerlichkeit der Zahl „sechs Millionen“ verbrämt auf die zahlenmäßig größte Opfergruppe: Menschen, die aufgrund ihrer Zuordnung zur rassistisch konstruierten Gruppe der „Juden“ qua familiärer Herkunft systematisch verfolgt und ermordet wurden. In Zeiten des Kalten Krieges war darüber hinaus das Gedenken an die politisch Verfolgten vor dem Hintergrund des Systemkonflikts zwischen den beiden deutschen Staaten geteilt – ein offizielles Gedenken an ermordete kommunistische WiderstandskämpferInnen war in der Bundesrepublik weitgehend undenkbar. Die Wahrnehmung aber, dass auch zahlreiche Angehörige anderer gesellschaftlicher Gruppen Opfer von Verfolgung, Misshandlung, Folter, Verstümmelung und Mord wurden, musste in bis heute nicht beendeter mühseliger politischer Basisarbeit ab den späten 1970er Jahren erkämpft werden.

Dass Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Menschen mit Behinderung („Euthanasieopfer“), so genannte „Asoziale“, homosexuelle Frauen und Männer, Deserteure, so genannte „Berufsverbrecher“, Fremdarbeiter und „Fremde“ ebenfalls aus dem normierenden Konzept der „Volksgemeinschaft“ ausgesondert wurden, war beim öffentlichen Gedenken schlicht „vergessen“ worden. Die gewalttätige Formung einer Gesellschaft ohne „Gemeinschaftsfremde“ durch die

NS-Ideologie hatte zum Ziel, diese Menschen aus dem Bewusstsein und der Wahrnehmung zu tilgen – mit lang anhaltendem Erfolg. Die Debatten um ein angemessenes Gedenken an diese „vergessenen Opfer“ wurden und werden bis heute erbittert geführt.

Die Folgen dieser Geschichte des verweigten Gedenkens zeigen sich auch bei der teilweise kritik- und vor allem gedankenlosen Affirmation der Idee der Stolpersteine. Die große Stärke von Demnigs Idee besteht darin, den in vielen anderen Ländern seit längerem praktizierten Blickwechsel weg von der abstrakten Zahl der Ermordeten hin zu den betroffenen Individuen und ihrem Leben vor der Verfolgung auch in



Foto: Sarah Kollmar

der Bundesrepublik umzusetzen. Voraussetzung für einen Stolperstein ist das Wissen um konkrete Menschen, die zu Opfern wurden. Gunter Demnig und die zahlreichen lokalen Stolperstein-Initiativen sind hierbei auf die Ergebnisse der bisherigen individuellen Opferforschung angewiesen – nur in sehr wenigen Fällen ist es möglich, wissenschaftliche Grundlagenforschung nach einzelnen Opfern zu betreiben. Und auch wenn glücklicherweise durch die Stolperstein-Idee wichtige Impulse zu weiteren Forschungen gegeben werden, spiegeln sich in der Umsetzung zuallererst die Folgen des lang anhaltenden Ausgrenzens vieler Opfer des Nationalsozialismus aus dem Bewusstsein wider. Der gute Wille, auch für „vergessene Opfer“ Stolpersteine setzen zu wollen, scheitert für einige Gruppen an den fehlenden Grundlagen. Die in über 60 Jahren Nachkriegsgeschichte systematisch angehäuften Forschungslücken können nicht nur durch das Stolperstein-Projekt ausgeglichen werden. Es steht auch zu befürchten, dass die Forschung bei bestimmten Opfergruppen alleine schon aufgrund der damali-

gen Verfolgungsmechanismen oder auch der andauernden Verfolgung nach dem Krieg nie zu nennenswerten Ergebnissen wird führen können.

Eine weitere Schwierigkeit der Gedenkform „Stolperstein“ besteht auch darin, dass bei weitem nicht alle Angehörigen von Ermordeten es für „würdig“ halten, wenn auf dem Namen ihres Verwandten „herumgelaufen“ wird. Neben einigen jüdischen Gemeinden in Deutschland, die sich gegen die Verlegung von Stolpersteinen ausgesprochen haben, betrifft dies vor allem auch Sinti und Roma. Lolo Weiß, der Generalsekretär der Rom und Sinti-Union (RCU) in Hamburg, hat in einem auch vom Vorstand des Niedersächsischen Verbandes Deutscher Sinti und Roma und dem Deutschen Delegierten im European Roma and Travellers Forum unterzeichneten offenen Brief an Gunter Demnig im März 2009 festgestellt, dass die Verlegung von Stolpersteinen für „Zigeuner“ (so steht es immer noch auf der Homepage der Stolpersteine) als „vorsätzliche Beleidigung“ empfunden werde und zukünftig zur Anzeige gebracht werden solle. „Ein Gedenken muss meiner Meinung nach auf Augenhöhe passieren“ (Weiß). Nach der jahrelang kaum gehörten Kritik an Stolpersteinen für Sinti und Roma gab schließlich eine Verlegung von Stolpersteinen in Harburg den letzten Anlass für den offenen Brief: Ohne mit Lolo Weiß darüber auch nur im Vorwege gesprochen zu haben, hat die Hamburger Stolperstein-Initiative, vertreten von Peter Heß, in der Nöldekestraße einen Stein für Lolo Weiß' Onkel verlegen lassen. Erst auf massiven Protest der RCU hin wurde der Stein wieder entfernt. Im persönlichen Gespräch äußerte Lolo Weiß sein Entsetzen darüber, dass, als er sich den frisch verlegten Stein ansah, bereits Menschen und Hunde achtlos darauf herumgelaufen seien (siehe auch www.16mai.de).

Bei allen richtigen und wichtigen Impulsen und aufrüttelnden Effekten, die von den Stolpersteinen zweifellos ausgegangen sind und ausgehen können, muss unbedingt darauf geachtet werden, dass der Stolperstein nicht zur alleinigen und dominierenden Ausdrucksform des Gedenkens wird. Vor allem darf hinter der scheinbar einfachen und prägnanten Form der Inhalt nicht vergessen werden. Nicht allen Opfern des

Nationalsozialismus und nicht allen Verbrechen der Täter kann man mit Messingplaketten gerecht werden. Jeder Angehörige von Verfolgten und Ermordeten hat eigene Vorstellungen, wie angemessen und würdig gedacht werden kann und darf. Auch muss klar sein, dass die Wahrnehmung kleiner Steine vor frisch sanierten Jugendstilvillen alleine nicht ausreichen kann, an die Ausplünderung der Verfolgten und die Verbrechen der Profiteure zu erinnern. Ein Spaziergang über die Stolpersteine des ehemals jüdischen Grindelviertels in Hamburg kann einen Besuch in einer Gedenkstätte nicht ersetzen. Der durch Stolpersteine darstellbaren Allgegenwärtigkeit von Täterschaft und Teilnahme der Mehrheitsbevölkerung muss eine entsprechende Aufklärung und Information zur Seite gestellt werden.

Auch weiterhin muss bei allen Bemühungen um ein angemessenes und würdiges Gedenken an die Opfer deutscher Verbrechen im Nationalsozialismus immer wieder neu gedacht, gefragt, geforscht, gelesen und debattiert werden, welche Art und Weise der Erinnerung und Aufklärung für welche Opfer welches Verbrechens angebracht und sinnvoll sein könnte. Hinter den Stolpersteinen dürfen Gedenkstätten, Mahn- und Denkmale, Erläuterungstafeln, Erinnerungsgärten, Straßenbenennungen nach Verfolgten, Erinnerungsliteratur, Theater, Musik und vieles mehr nicht in den Hintergrund treten.

Moritz Terfloth

Teile dieses Textes stammen aus: Moritz Terfloth: Von Steinen und Schwellen. Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen des Gedenkens an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus im Hinblick auf die Gedenkinstallation „Stolpersteine“, in: *Invertito. Jahrbuch für die Geschichte der Homosexualitäten* Jg. 9 (2007), Hamburg: Männerchwarm 2007, S. 174-181.

Ein ungewöhnliches Theaterprojekt

„auschwitz – eine reise. ein versuch über das verschwinden.“

(Die Textvorlage dieser Inszenierung liegt vor. Zurzeit ist nicht bekannt, wann das Stück erneut aufgeführt wird.)

Das Theaterstück ist ein gemeinsames Projekt von Marie Seiser, Lisa Stiegler und Gernot Grünewald. Idee und Konzept stammen von Gernot Grünewald (Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin, seit 2007 Regiestudium an der Hochschule für Musik und Theater [HfMT] in Hamburg), Darstellerinnen sind Marie Seiser und Lisa Stiegler, die beide im zweiten Jahr ebenfalls an der HfMT studieren. „Am 12.02.1942 werden 23 Männer, Frauen und Kinder von Hamburg nach Auschwitz deportiert – unter ihnen Edith und Fanny Schickler. 21 der Menschen auf diesem Transport sterben, 2 verschwinden. Kein Dokument beweist ihr Überleben oder ihren Tod sicher.

65 Jahre später reisen zwei junge Frauen nach Auschwitz, versuchen Spuren zu finden, den Ort, um das Verschwinden begreifen zu können.

„auschwitz – eine reise“ ist eine Recherche über die Spurlosigkeit des Grauens und die Unmöglichkeit zu erinnern. Sie führt uns dahin, wohin wir nicht wollen: an die Grenzen unseres Mit-Menschseins.“ (aus der Kurzbeschreibung zur Aufführung am 13. März 2009 in Theater Kampnagel in Hamburg.

Die Inszenierung bewegt sich wechselnd auf drei Handlungsebenen: (1) vom aktuellen Zeitgeschehen der gemeinsamen Reise der Projektgruppe im März 2008 zum Gedenkort Auschwitz Birkenau; (2) im historischen Kontext des achten Deportationszuges von Hamburg am 12.2.1943 in das Vernichtungslager Auschwitz, worin sich unter 23 Menschen zwei junge Frauen jüdischer Herkunft befanden. (3) Zur inhaltlichen Einbindung der Bühnengeschichte in die NS-Zeit rezitieren die beiden Darstellerinnen historische Fakten zur gesellschaftlichen Diskriminierung, Ausgrenzung und Vernichtung jüdischer Bevölkerung am Beispiel von Hamburg. Dieses historische Wissen wird sehr eindringlich und unüberhörbar in die jeweilige Handlungssituation platziert.

Als Zuschauerin konnte ich die beiden jungen Theaterakteurinnen gut nachvollziehbar dabei beobachten, wie sie sich hochkonzentriert zwischen den jeweiligen Frauenrollen sowie der Wiedergabe historischer Tatsachen hin- und herbewegten. Die Unterbrechungen der Handlung durch verbale Einwüfe historischen Wissens sind beeindruckend und unausweichlich.

Unterschiedliche Geschwindigkeiten in der Sprache grenzen die Texte akustisch voneinander ab und passen sie der Handlungsebene an. Als weiteres Inszenierungsmittel kommen jeweils passende Filmausschnitte und akustische Einspielungen auf die Bühne.

Das Theaterstück vollzieht sich in einer hochgradigen Dichte und Geschwindigkeit in seinen verschiedenen sprachlichen, akustischen und visuellen Facetten, und es lässt die Zuschauerin zurück mit mehr Fragen als Antworten, mit provokativen Denkanstößen zum komplexen Thema „Erinnern und Gedenken“. Welchen Weg nimmt „Gedenken“ während eines Besuchs des Gedenkortes Auschwitz?

Das Projekt versucht die Begrenztheit objektivierender Sprache in der Auseinandersetzung mit Erfahrungen ehemaliger KZ-Häftlinge zu thematisieren. Die gegenwärtige Erinnerung (während des Besuchs) wird von medial inszenierten Bildern, damit verknüpften Gefühlen und rekonstruierten Vorstellungen durchdrungen. Es wird gezeigt, dass historisch unwiderlegbare Fakten kein Gedenken hervorbringen, das sich nicht selbstbezogen in Szene setzt: „und dann geht es wieder nur um dich selbst weil du dir plötzlich leid tust als deutscher weil du dich selbst, nicht die anderen zum opfer erklärst“.

Mein zweimaliger Besuch des Theaterstücks hat mich überzeugt, dass diese bis ins Detail überlegte Inszenierung die Zuschauer versucht aufzurütteln. Dieses Theaterprojekt stellt die große Frage nach dem Wie des Erinnerns, ohne den Gegenwartsbezug auszuschließen – dem Nichtverstehen des singulären Ereignisses von Auschwitz – dem Problem der Übermittlung der Erfahrungen Überlebender, z. B. ehemaliger KZ-Häftlinge, an die Nachfolgegenerationen – dem umkämpften Diskurs des „nationalen Gedenkens“ in der Bundesrepublik, worin „Entschuldung“ konstruiert und inszeniert wird – der Frage nach Aufgabe und Zielsetzung von Gedenkorten bzw. Gedenkstätten und inwieweit sie zur Historisierung der NS-Verbrechen beitragen.

Ein gelungener Versuch über das Verschwinden von Gedächtnis und Erinnerung an die NS-Verbrechen. Am Ende bleibt die klare Positionierung „gegen das Vergessen“ und wiederkehrende Versuche, die NS-Vergangenheit vergänglich werden zu lassen.

Janne Delin

Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945 „Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg“

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation – eine Ausstellung der Berliner VVN-BdA

„Brandenburg(H)-Görden, den 9. Sept. 1944

[...] Der nächste Brief, auch wenn es der letzte ist, geht an Bärbel und so an Dich.

*Grüße alle Menschen die mich schätzen und lieben.
Lebt wohl. Kuß, Kuß,
Küsse und Tränen für Dich“*

So endet der Brief von Anton Saefkow an seine Frau Aenne neun Tage vor seiner Hinrichtung im Zuchthaus Brandenburg-Görden.

Der letzte Brief wurde geschrieben, erreichte aber nie seine Tochter Bärbel.

„Oft frage ich mich, was wohl in diesem Brief gestanden haben mag. Er muss bedeutungsvoll gewesen sein, denn er wurde ‚wegen seines Inhalts von der Beförderung ausgeschlossen‘, wenn ich heute meinem Vater antworten würde, würde ich schreiben ‚es ist gut hier zu stehen und zu sehen, dass Menschen sich gegen Krieg und Rassismus engagieren, so wie du es getan hast.“

Mit diesen Worten eröffnete Bärbel Schindler-Saefkow vor gut 300 BesucherInnen die Ausstellung zum Berliner Arbeiterwiderstand, die bis zum 24. Juli im Foyer der Juristischen Fakultät am Bebelplatz in Berlin zu sehen war.

Auf etwa 20 bebilderten Tafeln in Deutsch und Englisch informiert die Ausstellung über Organisation, Vernetzung und Aktionen der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, ihrer Verbündeten und Freunde. Aber auch die Gefahren der illegalen Arbeit, Verrat und Verfolgung und das Gedenken und die Ehrung dieser mutigen Frauen und Männer, die den Verlust ihres Lebens für eine Welt ohne Faschismus und Krieg riskiert und eingesetzt haben, sind Themen der Ausstellung.

Neben Bärbels Worten haben mich zwei Dinge besonders berührt: Mit einer Druckmaschine baugleichen Typs, wie die Gruppe sie damals nutzte, wurden zur Ausstellung Nachdrucke ihrer Flugblätter hergestellt. Genauso beeindruckte mich die Würdigung unserer, leider vor 20 Jahren verstorbenen, Freundin Katharina Jacob, die, so oft sie konnte ihren Mann und Kampfgefährten Franz in Berlin aufsuchte, um mit ihm zusammen zu sein und um ihre Aufgabe als Kurierin illegaler Flugblätter wahrzunehmen. Ich erinnere mich gerne an die viel zu seltenen Stunden mit recht starkem Kaffee in ihrer kleinen Wohnung. Um Platz zu schaffen, hat sie uns, der damals neuen Jugendgruppe des Auschwitz-Komitees, viele ihrer Bücher vermacht.

Jonny Schanz

**ARBEITER UND ARBEITERINNEN
DER BERLINER BETRIEBE!**

Aus dem Nachdruck eines Flugblattes der KP Berlin, Bodoni Museum Berlin 2009

Ein kleiner Betrag von 200 Millionen Zloty

Der dringende Bedarf der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau – Erinnerung und das große Geld

Die Erhaltung der Objekte des Museums Auschwitz verbraucht enorme Geldsummen. Ständig gibt es Finanzierungslücken. Piotr Cywinski, Direktor des Museums Auschwitz, warnt, dass „die historischen Gebäude zusammenbrechen werden“, wenn keine Finanzierung gefunden werde.

Von Beginn an hat die polnische Regierung den größten Teil des Museums-Unterhalts bestritten. Dies ist jedoch nur eine Basis-Finanzierung. Daher versucht das Museum, die Unterstützung anderer Staaten und internationaler Institutionen zu gewinnen. „Auschwitz ist schließlich ein weltweites Symbol“, sagt Cywinski. „Insbesondere die Europäische Union sollte es übernehmen, eine Gesamtstrategie für diesen einzigartigen Ort zu entwickeln. Verglichen mit der Höhe der Erwartungen erreichen Kurzzeit-Programme überhaupt nichts“, fügt Cywinski hinzu.

Das Ausmaß der grundlegenden Konservierungsaufgaben auf dem Gelände von Birkenau in Brzezinka ist enorm. Dieser 170 Hektar große Teil des Museums wird als Ort des Gedenkens und der Stille angesehen. „Wir versuchen, die Überreste von Birkenau in möglichst originalgetreuem Zustand zu erhalten. Der

der Holzbaracken wird weitere Millionen verbrauchen. Das Sichern der Überreste derjenigen Holzbaracken, die nicht mehr stehen, erfordert zusätzliche Aufwendungen. Diese Überreste, etwa die noch existierenden Fußböden oder die Schornsteine, die während der letzten Jahrzehnte zusammengebrochen sind, benötigen dringend konservatorische Maßnahmen, um den weiteren Verfall aufzuhalten. Dafür werden etwa 20 Millionen Zloty benötigt“, schätzt Cywinski.

Die Konservierungsaufgaben auf dem Gelände von Auschwitz I in Oswiecim sind etwas anders gelagert. Dieser Teil des Museums ist gleichzeitig eine Bildungseinrichtung. Die Vorbereitung einer neuen Hauptausstellung bringt es mit sich, dass das Museum kurzfristig elf Backsteinblocks sanieren muss, wofür 45 Millionen Zloty erforderlich sind.

Die Hauptausstellung mit ihren Millionen von Besuchern schreit gleichzeitig nach einer sie begleitenden Einführungs-Ausstellung. „Junge Leute kommen zu schnell am ‚Arbeit macht frei‘-Tor an. Sie sind unvorbereitet“, bemerkt Cywinski. „Für sie ist die Geschichte des Zweiten Weltkrieges nicht ihre eigene Geschichte. Ihre Väter und Großväter können ihnen nicht darüber berichten.“ Darum ist eine einführende Ausstellung geplant, um jungen Menschen zu erklären, wie der Zweite Weltkrieg begann. Der Umbau des Gebäudes, welches jetzt noch den Hauptempfang des Museums beherbergt, wird schätzungsweise 16,5 Millionen Zloty kosten.

Cywinski merkt an, dass die letzten Augenzeugen der Ereignisse, die ehemaligen Gefangenen, sterben werden. Er fragt: „Wenn sie verschwunden sind, wer wird dann von der Furcht, dem Terror, der Hoffnungslosigkeit, dem Hunger und der Sehnsucht berichten?“

Eine Ausstellung von Kunstwerken, angefertigt im Lager oder später von Überlebenden, die sich ihr Leben lang mit diesem Thema auseinandersetzen, soll diese elementaren menschlichen Gefühle darstellen. Die Arbeiten werden in der ehemaligen Lagerküche ausgestellt werden. Die Umbaukosten werden etwa 15 Millionen Zloty betragen.

Das Museum braucht außerdem schätzungsweise 17 Millionen Zloty, um das so genannte Alte Theater für die Nutzung durch das Internationale Studienzentrum umzubauen. Dies wird Studiengruppen aus der ganzen Welt ermöglichen, an mehrtägigen Studienveranstaltungen teilzunehmen. „Mehrere Jahre lang hat eine unfassbare bürokratische Patt-Situation die Durchführung dieser unbedingt notwendigen Maßnahme, die für alle von Nutzen sein wird, verhindert“, bemerkt Cywinski.



Startseite der Homepage der Gedenkstätte Auschwitz
www.auschwitz.org.pl

Zustand der Backsteingebäude ist unsere größte Sorge. Der Untergrund hier ist moorig, und das bedeutet, er ist instabil“, sagt Cywinski. „Die Gebäude benötigen eine bauliche Verstärkung. Andernfalls werden sie einstürzen. Die Kosten für ihre Erhaltung werden auf über 40 Millionen Zloty geschätzt. Die Konservierung

Innerhalb der nächsten Jahre, vielleicht auch in 10 oder 20 Jahren, wird eine Spezial-Lagerhalle benötigt, in Oswiecim oder innerhalb eines Umkreises von bis zu 30 Km, um Originalgegenstände aus dem Lager wie die Koffer oder die Schuhe der Gefangenen aufzubewahren. Dies wird weitere 50 Millionen Zloty kosten. „Wir schätzen unseren Gesamtbedarf auf über 200 Millionen Zloty“, sagt Cywinski. „Dies sind reale Erfordernisse.“

Ohne Zweifel hat Polen den größten Beitrag zur Aufrechterhaltung der Gedenkstätte geleistet. „Keine andere Regierung hat so viel geholfen!“ ruft Cywinski aus.

Die Museumsleitung in Auschwitz appelliert nun an die internationale Gemeinschaft, sich in deutlich höherem Maße zu beteiligen.

Pawel Plinta, Dziennik Polski, 25. Juli 2008

www.auschwitz.org.pl

Übersetzung aus dem Englischen: Jakob Michelsen, marius giese

Kürzungen: Redaktion Mitteilungsblatt

Aufgrund der schwankenden Wechselkurse zwischen Zloty, U.S.-Dollar und Euro sind bei der Übersetzung des Textes die dort in Klammern hinzugefügten und inzwischen nicht mehr aktuellen Angaben in U.S.-Dollar nicht mit übernommen worden. Nachfolgend eine Aufstellung der benötigten Mittel in Zloty und Euro.

Dringender Finanzbedarf der Gedenkstätte Auschwitz

(Tabelle von marius giese, Stand Wechselkurs vom 1.7.2009, 1 Euro = 4,36 Zloty)

Vorhaben	Zloty	€
bauliche Verstärkung der Ziegelbauten auf moorigem Untergrund	40.000.000 zl	9.174.311,93 €
Konservierung der Holzbaracken, Sicherung ihrer Überreste (erhaltene Fußböden, Schornsteine)	20.000.000 zl	4.587.155,96 €
Erhaltung der 11 Ziegelblöcke in Auschwitz I, neue Hauptausstellung	45.000.000 zl	10.321.100,92 €
Ausstellung für junge Besucher zur Einführung in das Thema Zweiter Weltkrieg, Umbau des jetzigen Hauptempfangs	16.500.000 zl	3.784.403,67 €
Kunstaussstellung mit den Werken von Häftlingen zur Verdeutlichung der elementaren menschlichen Gefühle, Umbau der ehemaligen Lagerküche	15.000.000 zl	3.440.366,97 €
internationales Studienzentrum, ausgelegt für Studiengruppen und mehrtägige Veranstaltungen, Umbau des Alten Theaters	17.000.000 zl	3.899.082,57 €
Spezial-Lagerhallen in Oswiecim zur Aufbewahrung der erhaltenen Originale	50.000.000 zl	11.467.889,91 €
Gesamt	203.500.000 zl	46.674.311,93 €

2.000 Worte und 200 Bilder

„2000 woorden en 200 beelden“: So stellt das niederländische Auschwitz-Komitee in seinem „Auschwitz-Bulletin“ vom Mai 2009 einen wichtigen Teil seiner Homepage vor (www.auschwitz.nl), der die Basisinformation über die Shoah mit besonderer Berücksichtigung der Niederlande umfasst.

Gedacht ist dieser Teil insbesondere für Unterrichtszwecke. Der Rahmen ist ein kurzer virtueller Rundgang durch den niederländischen Pavillon in der Gedenkstätte Auschwitz, der die Verfolgung und Deportation der in den Niederlanden ansässigen Jüdinnen und Juden in den Jahren 1940-1945 behandelt. (Zu berücksichtigen ist – wie das Beispiel Anne Franks und ihrer Familie zeigt –, dass die Niederlande bis 1940 Exilland für NS-Verfolgte waren.)

Der Basistext besteht aus neun Haupt- und 23 Unterthemen. An dieser Stelle sollen nur die Hauptthemen genannt werden: Einführung/Juden in den Niederlanden/Flüchtlinge/Deutscher Überfall auf die Niederlande/Verfolgung/Widerstand/Sinti und Roma/Deportationen/Niederländer in Auschwitz.

Das Material kann im Unterricht mit Hilfe eines Beamers der gesamten Gruppe präsentiert werden. Es kann für Zwecke der Einführung in das Thema „Shoah“ im Allgemeinen, aber auch in ein spezielles Thema eingesetzt werden.

Im Text sind Worte aktiviert, die mit einer Wortliste korrespondieren. Ferner gibt es eine „Suchen“-Funktion

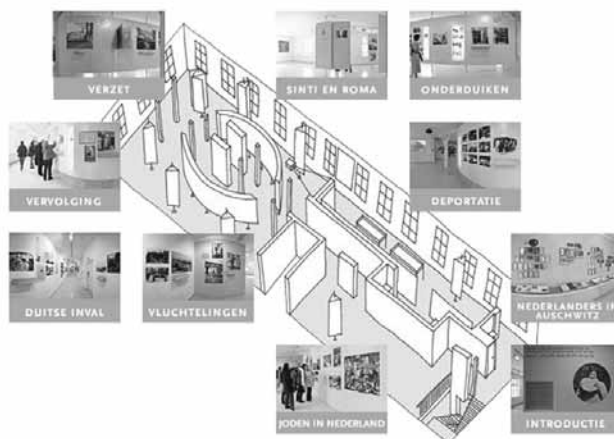
und einen Zeitstrahl, die genutzt werden können. (Der Zeitstrahl bezieht Ereignisse in ganz Europa ein.)

Alle Texte und Bilder lassen sich für Unterrichtszwecke ausdrucken. Die Bilder haben eine niedrige Auflösung, damit es nicht zu Konflikten mit Urheberrechten kommt. Dass einige von ihnen (als Beispiel wird das Foto vom KZ Bergen-Belsen genannt) für jüngere SchülerInnen nicht geeignet sind, braucht nicht betont zu werden.

Das Thema „Shoah“ soll nicht als historisch abgeschlossen behandelt werden: „Migration, Flüchtlinge, Krieg, Verfolgung, Widerstand, Untertauchen [„onderduiken“], Deportation, Genozid, Freiheit und Menschenwürde sind sowohl universelle wie auch aktuelle Themen.“ Mit diesem Satz begründet der Verfasser des Beitrags, Ido Abram, abschließend den hohen Stellenwert, den das Thema „Shoah“ sowohl im Anfangsunterricht als auch im Unterricht für Fortgeschrittene einnimmt.

Lothar Zieske

HET NEDERLANDSE PAVILJOEN



Start des virtuellen Rundgangs durch die niederländische Ausstellung in der Gedenkstätte Auschwitz auf www.auschwitz.nl

Mittenwald – ein Hort deutscher Traditionspflege

Seit Anfang der 1950er Jahre versammeln sich alljährlich junge Soldaten aus aktiven Gebirgsjäger-Einheiten und alte Kameraden aus Wehrmachtsverbänden im bayerischen Mittenwald. Gemeinsam ehren sie unter Federführung des Kameradenkreises der Gebirgstruppe ihre Toten aus zwei Weltkriegen und den Kriegen der Gegenwart.

Traditionspflege bedeutet für sie: die Massaker und andere Kriegsverbrechen, welche die Gebirgstruppe während des Zweiten Weltkriegs in Griechenland, Italien, Frankreich und anderen von Deutschland besetzten Ländern Europas begingen, ungebrochen als heldenhaftes soldatisches Handeln zu glorifizieren und in dieser Linie ihre aktuellen Kriegseinsätze abzufeiern.

Mittenwald steht exemplarisch für die Verquickung von deutschem Militär, Kirche und Gesellschaft. Wie einst die Wehrmacht, ist heute die Bundeswehr der größte Arbeitgeber im Ort. Die gesamte Stadt ist mit ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Struktur auf das Engste mit dem Militär verbunden. Das schafft Loyalitäten zu Mördern und Kriegsverbrechern, die schwerer wiegen als die offenkundig zu abstrakt gebliebene politisch-moralische Verpflichtung, sich mit deren Opfern auseinanderzusetzen und dieser zu gedenken.

Seit sieben Jahren protestieren linke AktivistInnen gegen diesen militaristischen Kult. So auch in diesem

Spezia verurteilte Scheungraber wegen dieses Verbrechens 2006 zu lebenslanger Haft.

Auch in Mittenwald selbst hat sich seit Beginn der Proteste einiges geändert. Im Jahr 2001 konnte das Traditionstreffen noch als größtes deutsches Soldatentreffen mit bis zu 5.000 TeilnehmerInnen rechnen. In den letzten Jahren kamen allerdings (nur) noch 500 bis 1.000 Kameraden, KumpanInnen und Kriegsverbrecher auf den Hohen Brendten. Dies ist zum einen sicher der Tatsache geschuldet, dass viele unterdessen verstorben sind. Zum anderen ist aber sicher vielen der Spaß an ihrem geselligen Zusammensein mit den Kameraden gründlich verdorben, da sie jedes Jahr aufs Neue mit dem Vorwurf konfrontiert werden, keine Kriegshelden, sondern Mörder zu sein. Der wiederkehrende Protest hat zudem dafür gesorgt, dass immer weniger TouristInnen in Mittenwald einen Ort für ruhiges Entspannen sehen. Seit zwei Jahren muss die Traditionsfeier daher auf Drängen der Gemeinde Mittenwald auf andere Termine verlegt werden. Auch in diesem Jahr hielten die Kameraden ihr Treffen zwei Wochen vor dem Pfingsttermin ab.

Das Pfingstwochenende gehörte daher dieses Jahr allein den Protesten gegen die Gebirgsjäger und ihre Traditionspflege. Am Vormittag des 30. Mai 2009 fand eine Zeitzeugenveranstaltung statt. Anschließend stellte der Arbeitskreis „Angreifbare Traditionspflege“ auf dem Bahnhofsvorplatz in Mittenwald ein Denkmal für die Opfer von Nazi-Verbrechen auf. An der Feierlichkeit nahmen über 200 Menschen aus verschiedenen Ländern teil. Das Denkmal wurde in einem bewegenden Akt von Maurice Cling, Max Tzwangue, Marcella und Enzo de Negri enthüllt. Maurice Cling ist Auschwitz-Überlebender, der nach dem Todesmarsch von Dachau von Alliierten in Mittenwald befreit wurde. Max Tzwangue war französischer Widerstandskämpfer. Marcella und Enzo de Negri sind die Kinder des auf der griechischen Insel Kephallonia von Gebirgsjägern ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco de Negri.

Nach der Denkmalsenthüllung fand eine Demonstration statt, bei der auf die Verbrechen der Gebirgsjäger aufmerksam gemacht wurde. In der Mittenwalder Fußgängerzone wurde ein aus Kartons hergestellter „Turm der verleugneten Schuld“ errichtet, der die einzelnen Verbrechen der Gebirgstruppe benennt. Die Demonstranten forderten die Verurteilung der Täter und die Entschädigung der Opfer. Sprecher



Demo in Mittenwald. U.a.: Maurice Cling (2. v. l.) und Max Tzwangue (5. v. l.), Foto: www.keine-ruhe.org

Jahr. Die Kampagne „Angreifbare Traditionspflege“ hat die Gebirgstruppe in die Defensive gezwungen. Seit der ersten Intervention in Mittenwald 2002 nahm eine stetig wachsende Öffentlichkeit zur Kenntnis, welche Kriegsverbrechen Gebirgsjäger zu verantworten haben. Der dadurch gewachsene politische Druck führte unter anderem zu dem Verfahren gegen das Mitglied des Kameradenkreises Josef Scheungraber, der seit September 2008 in München vor Gericht steht. Seine Einheit hatte im Sommer 1944 als „Vergeltung“ nach Partisanenangriffen 14 ZivilistInnen in Falzano di Cortona ermordet. Das italienische Militärgericht in La

des „Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege“ erhoben die Forderung nach Auflösung des Kameradenkreises der Gebirgstruppe. Zum Abschluss der Veranstaltung gaben Esther und Edna Bejarano und die Gruppe COINCIDENCE gemeinsam mit der Hip-Hop-Band Microphone Mafia ein mitreißendes Konzert am Ort des neuen Denkmals, das u. a. vom Auschwitz-Komitee finanziell unterstützt wurde.

Das auf dem Bahnhofsvorplatz in Mittenwald aufgestellte Denkmal stellt die Trauer über die unzähligen Toten des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in den Mittelpunkt. In einer Glasvitrine auf einer massiven Metallstele befinden sich Steine und Überbleibsel aus den Ruinen des von Gebirgsjägern am 27. Juni 1944 zerstörten italienischen Ortes Falzano di Cortona, die von der dortigen Gemeinde gestiftet wurden.

Die Vitrine trägt die Inschriften: „In Trauer um die Opfer der Kriegsverbrechen, die im 2. Weltkrieg von Gebirgsjägern der deutschen Wehrmacht in ganz Europa begangen wurden.“

In Gedenken der unter Beteiligung der Gebirgstruppe deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden.

In Erinnerung an den Todesmarsch aus dem Konzentrationslager Dachau, der am 1. Mai 1945 in Mittenwald endete.

Dem Markt Mittenwald gestiftet am 30. Mai 2009 vom AK Angreifbare Traditionspflege. Die Steine stammen aus den Ruinen des italienischen Dorfes Falzano di Cortona. Deutsche Gebirgsjäger haben am 27. Juni 1944 das Dorf in der Toskana zerstört und 14 Dorfbewohner ermordet.

Nie wieder Krieg
Nie wieder Faschismus“

Mit dieser Denkmalsaufstellung sollte der Teil der Kampagne abgeschlossen werden, der sich gegen die Brendtenfeier und die Vertuschung der Verbrechen richtet. Mit dem Denkmal für die Bevölkerung Mittenwalds wurde ein „Stein des Anstoßes“ im Ort der Täter geschaffen, in dem sich das Gedenken an die Opfer deutscher Kriegsverbrechen und die Benennung der Täter manifestieren.

Doch die Gemeinde mochte sich über das Geschenk nicht recht freuen. Das Denkmal blieb nur fünf Tage stehen, bevor die Gemeinde Mittenwald es abräumen ließ. Vorausgegangen war eine hitzige öffentliche Debatte um das Gedenken im Allgemeinen und das Denkmal im Besonderen. Mittenwalder BürgerInnen bezeichneten es als „Schandmal“ und Bürgermeister Hornsteiner eilte wohl einer gezielten

Beschädigung oder gar Zerstörung des Denkmals voraus, als er dessen Entfernung mit der Gefahr, die ihm durch einen möglichen „Fönsturm“ drohe, begründete.

Die Denkmals-Entfernung wiederum rief Protest im In- und Ausland hervor. „Es ist eine Schande“, sagte



Denkmal für die Opfer der Gebirgstruppen in Mittenwald.
Foto: www.keine-ruhe.org

Efraim Zuroff, Direktor des Simon Wiesenthal-Centers in Jerusalem, gegenüber der Frankfurter Rundschau. Und es werfe ein „sehr schlechtes Licht“ auf den Alpenkurort Mittenwald, dass es dort immer noch kein Mahnmal für die Opfer der Wehrmachts-Gebirgstruppe gebe. Wohl aber gleich mehrere Denkmäler zu Ehren der gefallenen Soldaten – und sogar eines für den Maulesel, der den Gebirgssoldaten als Tragtier diene.

Immerhin bewirkte der Protest, dass die Gemeinde dem „Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege“ ein Gesprächsangebot über die Möglichkeiten einer Wiederaufstellung des Denkmals gemacht hat. Sollte es bei einer Weigerung, das Denkmal an einem angemessenen Ort in Mittenwald aufzustellen bleiben, muss die Gemeinde allerdings mit weiteren Protesten rechnen. Es bleibt abzuwarten, ob öffentlicher Druck ein Einlenken am Ort der Täter bewirken kann.

Martin Klingner (Arbeitskreis Distomo/Hamburg)

Per la vita – ein Projekt der Familie Bejarano und der Kölner Hip-Hop-Band Microphone Mafia

„Mafia?“, fragte Esther erstaunt den ihr bis dato unbekanntem Anrufer. – „Nein, Microphone Mafia, wir sind eine Band“, musste Kutlu Yurtseven wohl nicht das erste Mal erläutern. Das seit 1989 existierende Hip-Hop-Projekt aus dem Kölner Stadtteil Flittard besteht aus Rossi (Signore Rossi), Kutlu (Asia) und Önder (DJ Ra).

Weil die Band in drei Sprachen rappt und auch Rassismus in ihren Texten verarbeitet, galt sie Mitte der 1990er Jahre als Multikulti-Vorzeigeband. Dieser Hype ist vorbei, aber „die einzige Mafia, die die Welt wirklich braucht“, gibt es immer noch. Kutlu arbeitet heute neben seiner musikalischen Tätigkeit auch als Workshopleiter u. a. für den DGB, deswegen wurde er auch gebeten, ein wichtiges Projekt gegen rechte Musik zu unterstützen: Unter dem Titel „Schlauer statt rechts“ hatten die Jugendverbände DGB Jugend NRW, SJD – Die Falken NRW, Landesjugendwerk der AWO NRW und Naturfreundejugend NRW im Jahr 2008 eine Kampagne ins Leben gerufen, die sich gegen Neonazi-Musik an Schulen wendete. Gegen die Versuche von rechtsextremer Seite, durch Musik jugendkulturelle Angebote zu schaffen, die mit ihren rassistischen Botschaften Migranten und Andersdenkende diskriminieren („Schulhof-CD“ der NPD), wurde ein Multimedia-Projekt initiiert und die Microphone Mafia gebeten, jiddische Gedichte zu vertonen. Kutlu rief bei Esther an, um sie zu überzeugen mitzumachen. Der Rest ist inzwischen Geschichte:

Für die Multimedia-CD „Musik als Sprachrohr: Musikalische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus“ wurden bereits sechs Stücke von dieser ungewöhnlichen musikalischen Kollaboration erarbeitet. Dazu wurden Stücke von COINCIDENCE gecovered, aber auch einige neue Stücke der Microphone Mafia mit Refrains von Edna und Esther ausgestattet. Familienbande spielen bei diesem Projekt eine große Rolle – und so sagen auch Rossis Eltern „Bella ciao“. Das Ergebnis ist ein ungewöhnlicher Mix aus traditionellen Liedern mit neuen Texten und Rhythmen, die zeigen, dass Nazim Hikmet („Karli kayin ormanida“ – „Im verschneiten Buchenwald“) und Mikis Theodorakis („To Sfaijo“ – „Der Schlachthof“) immer noch aktuell sind.

Aber damit war erst der Startschuss für die Zusammenarbeit gefallen, eine komplette CD mit dem Titel „Per la vita“ ist im Juni erschienen und kann auf der Website der Microphone Mafia bestellt werden! Das neue Album ist eine beeindruckende Mischung der Stile der Bejaranos und der Microphone Mafia. Ednas und Esthers Stimmen passen gut zu den melodischen Hip-Hop-Beatz. Die ersten Konzerte fanden auch bereits statt: Beim ersten Mal zum Antikriegstag in

Frankfurt ging noch einiges schief, und leider war auch Edna nicht mit dabei, aber trotz der verpatzten Einsätze des Gewerkschaftshaustechnikers kam richtig Stimmung auf. Das zweite Konzert fand dann im Januar in Berlin statt und lockte bereits einige hundert Zuschauer in das Stadthaus Böcklerpark. Die unterschiedlichen Sprachen, in denen gerappt und gesungen wurde, machen klar, dass es globale Probleme und Themen sind, die uns alle etwas angehen, egal woher man kommt oder welche Sprache man spricht. Ebenfalls einige hundert kamen dann am 26. Juni in den großen Hörsaal der HWP in Hamburg und ließen sich teilweise nicht auf den Sitzen halten. Die Bejaranos und Microphone Mafia bekamen stehenden Applaus.

Außerdem fand eine kleine ehrenamtlich arbeitende Projektgruppe vom Auschwitz-Komitee diese Band-Kollaboration so interessant, dass sie eine weitere Idee entwickelte: Wir wollen einen Dokumentarfilm über den Prozess der Annäherung dieser beiden Bands machen und begleiten das Projekt jetzt seit September immer mit der Kamera. Manchmal gehen wir den Bands dabei auch auf die Nerven, denn so ein Filmprojekt fordert natürlich auch den Protagonisten einiges ab. Trotzdem haben wir uns das Ziel gesetzt, bis Ende des Jahres einen 25-minütigen Dokumentarfilm zu erstellen, der im Schulunterricht als Medium zur Thematik historisch-politischen Lernens zum Nationalsozialismus in der Einwanderungsgesellschaft eingesetzt werden kann. Das Projekt wird finanziell unterstützt vom Auschwitz-Komitee, der Stiftung „Die Gesellschafter“ und der Dr. Hildegard Hansche Stiftung.

Das Lehrfilm-Projekt greift dabei die Voraussetzungen der Zeitzeugenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft konstruktiv auf und ist als aktuelle und ungewöhnliche Zeitzeugenarbeit an eine kulturell heterogene Schülerschaft adressiert. Der gemeinsam mit Jugendlichen produzierte Film unterscheidet sich von klassischen Zeitzeugenprojekten dadurch, dass durch das Musikprojekt ein konkreter Gegenwartsbezug bereits in der Dramaturgie angelegt ist. Im Mittelpunkt steht dabei die Biografie von Esther – dargestellt aus der Perspektive von Kutlu Yurtseven und Signore Rossi. Die beiden jungen Musiker regen dabei auch durch ihre Vorbildfunktion die Partizipation der migrantischen Jugendlichen an dem Projekt an. Begleitend zum Film

werden wir pädagogische Handreichungen für die Schulfächer Geschichte und Sozialkunde mit medienpädagogischer Ausrichtung erstellen, mit denen man den Film als Unterrichtsmedium einsetzen kann.

Katharina Obens

Link zum Bestellen der Multimedia-CD „Musik als Sprachrohr“:
http://schlauer-statt-rechts.de/info/musik_als_sprachrohr

Link zum Bestellen der CD „Per la vita“:
<http://www.microphone-mafia.com/>



Innenseite der CD-Hülle von „Per la vita“ c Bejarano & Microphone Mafia

Barack Obamas Rede am 6. Juni 2009 in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald

Barack Obama erzählt die Geschichte eines Onkels, der nach der Befreiung des Außenlagers Ohrdruf – Nebenlager des Konzentrationslagers Buchenwald – von den dort herrschenden Zuständen so verstört war, dass er sich im amerikanischen Alltag nur schwer zurechtgefunden hat.

Deutschland hat sich sehr gut zurechtgefunden.

Die Einsicht in die Schuld der Deutschen fehlte und wurde ihnen auch nicht abverlangt.

Trotz eines eigentlich beachtlichen Grundgesetzes sind die Eigentumsverhältnisse, und damit die Machtfrage, die gleichen geblieben. Dies lässt sich ablesen an den Entschädigungsgesetzen der Nachkriegszeit. Zum Beispiel:

Von allen nach Kriegsende erlassenen Schadensausgleichsgesetzen ist als erstes das Bundesentschädigungsgesetz für NS-Verfolgte mit einer Ausschlussfrist (31. Dezember 1969) versehen worden. Das für die

Vergabe von Wohnraum eingeführte Punktesystem gewährte NS-Verfolgten acht, den Rückkehrern aus der Kriegsgefangenschaft 80 Zusatzpunkte.

Angehörige der NSDAP waren zwar von Entschädigungsleistungen ausgeschlossen, da diese aber vererblich waren, konnten deren Nachkommen die Leistung einfordern.

Ansprüche hatten nur die aus politischen, „rassischen“ oder weltanschaulichen Gründen Verfolgten, nicht aber Homosexuelle oder so genannte „Asoziale“.

Hatte ein Antragsteller eine der vorgenannten Voraussetzungen erfüllt, war die Anerkennung jedoch

keineswegs sicher. Es gab Ausschließungsgründe. Der infamste davon war: das Bekämpfen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ unter der Adenauer-Regierung. Es bedarf nicht dreimaliges, es genügt einmaliges Überlegen, um zu wissen, wer auf diesem Weg ausgeschlossen werden sollte.

Auch Obama wird die Eigentumsverhältnisse in den USA nicht entscheidend verändern können. Aber er kann und wird versuchen, das System zum Besseren zu verändern. Notwendig dafür ist die unterstützende Zustimmung des amerikanischen Volkes. Das wünschen wir ihm, und wir werden uns um unsere Hilfe bemühen.

Elsa Werner



*Barack Obama in Buchenwald
Foto: Tina Schiefelbein, www.stadt.weimar.de*

Erklärung des Auschwitz-Komitees zum Antisemitismus des Vatikans

Der Jahrtausende alte Antijudaismus der katholischen Kirche war die bedeutendste Quelle des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil schien diese Quelle versiegt. Das war ein Irrtum!

Die Wiederzulassung der tridentinischen Messe, in der sich das Karfreitagsgebet für die „Erleuchtung“ der Juden verbirgt, hat dem Antijudaismus und, wie sich zeigte, dem Antisemitismus Tür und Tor geöffnet.

So ist es nicht erstaunlich, dass Papst Benedikt XVI. die Piusbrüder nebst ihren Bischöfen wieder in die Kirche aufnahm, obwohl bekannt war, dass diese die Juden für „mitschuldig am Gottesmord“ hielten, „solange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und die Taufe von der Schuld ihrer Vorväter distanzieren“.

Die ungeheuerlichen Äußerungen des Bischofs Richard Williamson, dessen Haltung zur Shoa dem Papst nun bekannt oder nicht bekannt gewesen sein möge, zeigen nur allzu deutlich, wohin Antijudaismus führt.

Schon Moses Mendelssohn hat die „Toleranzgleißnerei“ – die großmütige Duldung unter Beibehaltung des abwertenden Urteils – bekämpft. Er forderte, dass in einer aufgeklärten Gesellschaft das Judentum als dem Christentum gleichwertig akzep-

tiert werden sollte. Nach gut 200 Jahren – nach der Shoa – ist es notwendig, diese Forderung erneut stellen zu müssen.

Das ist eine Tatsache, die zutiefst erschreckt!



*Papst Bebedikt XVI.
Foto: DDP von www.badische-zeitung.de*

Jüdische PartisanInnen in Litauen

Als wir von der unsäglichen Absicht der litauischen Staatsanwaltschaft erfahren, ehemalige jüdische PartisanInnen als Zeugen in Prozessen gegen die Rote Armee bzw. Russland zu vernehmen, um angebliche Kriegsverbrechen der Roten Armee in Litauen zu ermitteln, mussten wir uns einschalten. Der folgende Briefwechsel macht unsere Position deutlich, leider ist es uns seitdem nicht gelungen, den aktuellsten Stand in Erfahrung zu bringen, wir bleiben dran ...

Jonny Schanz

Brief des AK vom 9.9.2008

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
wir wenden uns in großer Sorge an Sie. Mit Entsetzen entnahmen wir der Presse, dass in Litauen ehemalige jüdische Partisanen und Partisaninnen für ihren Widerstand gegen den mörderischen Faschismus unter deutscher Besatzung von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Ihnen wird Mord und Kooperation mit „sowjetischen Terroristen“ vorgeworfen.

Neben anderen trifft dieser Vorwurf auch die Leiterin des Wilnaer Holocaustmuseums und den ehemaligen Leiter der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.

Ein Blick in die litauische Geschichte lässt diesen Vorwurf noch unglaublicher erscheinen, als er ohnehin schon ist.

Bereits wenige Tage vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Litauen wurden im Juni 1941 bei dem Pogrom von Kowno 1.200 Jüdinnen und Juden von der litauischen Bevölkerung ermordet. Ein Großteil der litauischen Bevölkerung begriff die Besatzung durch Nazideutschland als Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion. Die Unterstützung der Nationalsozialisten in Litauen ging so weit, dass das Naziregime die Besatzung innerhalb kurzer Zeit in eine litauische Selbstverwaltung überführte. Die Kollaboration zwischen der nationalsozialistischen Besatzung und der litauischen Selbstverwaltung bedeutete für die allermeisten der 220.000 Jüdinnen und Juden Litauens den Tod. Sie wurden unter unerträglichen Bedingungen in Ghettos gepfercht, durch Zwangsarbeit zu Grunde gerichtet, in Wäldern zu tausenden erschossen und in die Vernichtungslager deportiert und dort ermordet. Dies alles geschah nicht gegen, sondern gemeinsam mit der litauischen Bevölkerung. Wer als litauische Jüdin oder Jude der Vernichtung entgehen wollte, dem blieb kein anderer Weg als der in den Untergrund. Gemeinsam mit sowjetischen Partisaninnen und Partisanen kämpften litauische Jüdinnen und Juden um ihr Überleben und die Befreiung vom Faschismus.

Die angestrebte Strafverfolgung durch litauische

Staatsanwaltschaften folgt der revisionistischen Geschichtsschreibung Litauens nach 1989. In ihr werden die Kollaborateure Nazideutschlands als harmlose Bauern dargestellt, die sich gegen Angriffe „roter Terroristen“ zur Wehr setzten. Für die Opfer von damals, die unter schwersten Bedingungen ihr und das Leben anderer retteten, bedeutet dies, ein weiteres Mal der Verfolgung ausgesetzt zu sein, diesmal durch die litauische Justiz und Medienöffentlichkeit.

Es ist uns unerträglich, mitzuerleben, wie die Justiz Litauens im Namen einer antisowjetischen Staatsdoktrin antisemitisch agiert. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Mahnung Thomas Manns, der den Antikommunismus als „die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete; in den aktuellen Vorgängen fürchten wir die Bestätigung dessen auch für das 21. Jahrhundert. Das Gebaren der litauischen Staatsanwaltschaft und der Medien ist unvereinbar mit den Werten, die einer Europäischen Union, deren Teil Litauen ist, im Sinne der Menschenrechte würdig wären, es ist zutiefst antisemitisch und volksverhetzend.

Wir protestieren gegen die erneute Verfolgung der ehemaligen jüdischen Partisaninnen und Partisanen und fordern Sie, Frau Bundeskanzlerin, auf, dem Protest ein zusätzliches Gewicht zu verleihen. Wir bitten Sie dringend vor dem Hintergrund der deutschen Verantwortung für die Vernichtung der Jüdinnen und Juden Europas, im Namen der Bundesregierung Ihr Wort zu erheben.

Wir bitten Sie, uns über ihre Schritte in Kenntnis zu setzen.

Antwort von Dr. Christoph Heusgen
(Bundeskanzleramt) vom 4. November 2008

Sehr geehrte Frau Bejarano,
haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in dem Sie Ihre Besorgnis über die Verfolgung von ehemals jüdischen Partisanen durch die litauische Generalstaatsanwaltschaft zum Ausdruck bringen. Die Bundeskanzlerin hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Der Bundesregierung ist das Vorgehen der litauischen Generalstaatsanwaltschaft bekannt, im Rahmen von Ermittlungsverfahren frühere jüdische Partisanen als Zeugen zu vernehmen. Der litauischen Regierung wurde unsere Besorgnis mehrfach bilateral dargelegt. Bundesminister Steinmeier hatte auf seiner Reise nach Litauen im letzten Jahr eine der betroffenen ehemaligen Partisanen, Frau Bracovskaja, und andere Überlebende des Wilnaer Ghettos getroffen. Der Sonderbeauftragte im Auswärtigen Amt für die Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen hat die Ermittlungen bei einem Besuch in Wilna im Juni 2008

thematisiert. Darüber hinaus steht die Botschaft Wilna mit den litauischen Verantwortlichen und der jüdischen Gemeinde im ständigen Kontakt. Die litauische Seite hat uns gegenüber dabei versichert, dass die Ermittlungen nicht gegen bestimmte Personen, sondern nur gegen Unbekannt geführt werden und dass ausdrücklich nicht gegen die befragten Zeugen ermittelt wird.

In Ihrem Schreiben weisen Sie zudem auf Pressemitteilungen hin, nach denen die litauische Staatsanwaltschaft auch gegen den früheren Direktor der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Herrn Arad, Ermittlungen führt. Inzwischen verfolgt nach unserer Kenntnis die litauische Staatsanwaltschaft den Wunsch, Herrn Arad als Zeugen zu vernehmen, nicht weiter.

Es ist ein fortdauerndes Anliegen der Bundesregierung, die Erinnerung an die Opfer des Holocaust und alle Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wach zu halten. In der „Task Force on International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ arbeiten deutsche und litauische Historiker an konkreten Projekten der Holocaust-Erinnerung zusammen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, dass diese Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Erinnerungskultur führen wird, in der die Gemeinsamkeiten überwiegen werden.

Seien Sie versichert, dass wir Ihr Anliegen weiter mit großer Aufmerksamkeit verfolgen werden.

Keine Staatenimmunität für NS-Kriegsverbrechen – Opfer von NS-Kriegsverbrechen endlich entschädigen!

Auf diesen Brief vom 3. Juni 2009 haben wir bei Redaktionsschluss noch keine Antwort erhalten.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

der Kassationsgerichtshof, das höchste italienische Gericht, hat die Verurteilung Deutschlands zum Schadensersatz von 1 Mio. Euro an die Überlebenden bzw. die gesetzlichen Erben der Opfer der Massaker von Civitella festgestellt und damit die Rechtmäßigkeit dieser Urteile bestätigt. Nach dem Ende der italienisch-deutschen Allianz am 8. September 1943 hatten Angehörige der deutschen Wehrmacht am 19. Juni 1944 207 Bewohnerinnen und Bewohner des Ortes Civitella (nahe Arezzo) ermordet, darunter waren viele Kinder.

Gegen diese Entscheidung hat die deutsche Bundesregierung im Dezember 2008 vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen die Republik Italien eingereicht. Sie beruft sich dabei auf die Staatenimmunität, nach der „kein Staat wegen seines hoheitlichen Handelns vor den Gerichten eines anderen Staates verklagt oder gegen ihn vollstreckt werden könne“, so ein Sprecher des Auswärtigen

Amtes, und verweist auf Pauschalzahlungen in Höhe von 40 Mio. DM im Jahr 1961 an Italien und an Griechenland in Höhe von 115 Mio. DM. Diese Entschädigung stand allerdings nur für die Opfer politischer, religiöser und „rassischer“ Verfolgung zur Verfügung, ausgeschlossen waren ausdrücklich Opfer von NS-Kriegsverbrechen.

Das Immunitätsprinzip wurde hier durchbrochen, denn die Schadensersatzansprüche der Klägerinnen und Kläger begründen sich auf Kriegsverbrechen, denen die betroffene Zivilbevölkerung ausgesetzt war. Und bis heute hat die Bundesrepublik Deutschland die Betroffenen nicht anderweitig entschädigt. Folglich bleibt ihnen nur der Rechtsweg.

Mit dieser Klage will die Bundesregierung nicht nur die Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen italienischer NS-Opfer vereiteln, gleichzeitig sollen damit auch Vollstreckungsmaßnahmen griechischer NS-Opfer gegen die Bundesrepublik gestoppt werden, die über italienische Gerichte durchgesetzt werden könnten.

Rund 50 Einzel- und Sammelklagen sind in Italien derzeit gegen Deutschland anhängig, in denen Schadensersatz aufgrund von Verbrechen verlangt wird, die das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg verübte. Verbrechen in Orten, für die wir hier nur stellvertretend Civitella bei Arezzo, Sant' Anna di Stazzema, Marzabotto, die Ardeatinischen Höhlen nahe Rom und Distomo in Griechenland nennen.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

Stellen Sie sich der historischen Verantwortung und erkennen Sie internationales Recht zur Schadensersatzpflicht an und die Rechtmäßigkeit von Entschädigungsansprüchen.

Ziehen Sie die Klage gegen die Republik Italien vor dem Internationalen Gerichtshof zurück.

Erkennen Sie die Urteile der höchsten Instanz der italienischen Gerichtsbarkeit an.

Übermitteln Sie den NS-Opfern und ihren Angehörigen die von den italienischen Gerichten zugesprochenen Entschädigungen.

Erkennen Sie auch die Urteile der griechischen Justiz an und entschädigen Sie endlich die Hinterbliebenen des Massakers in Distomo vom 10. Juni 1944.

Belassen Sie es nicht bei den symbolischen Gesten. Ohnehin ist es ein Gebot der Menschlichkeit, die meist hochbetagten Überlebenden der NS-Verbrechen gegen die Menschheit und Kriegsverbrechen zu entschädigen, ohne diese zu langwierigen Gerichtsverfahren zu nötigen.

Wir fordern Sie dringend auf – vor dem Hintergrund der deutschen Verantwortung für die beispiellosen Verbrechen gegen die Menschheit, welche das nationalsozialistische Deutschland verübt hat –, im Namen der Bundesregierung Ihr Wort zu erheben für eine Rücknahme der Klage vor dem Internationalen Gerichtshof und die Überlebenden der Gräueltaten endlich zu entschädigen.

Wir erwarten, dass Sie uns über Ihre Schritte in Kenntnis setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano (Vorsitzende)

Elsa Werner (Stellvertr. Vorsitzende)

Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

N.B.: Nachrichtlich wird dieser Brief auch an die im Bundestag vertretenen Fraktionen und die mit dieser Frage befassten Ausschüsse weitergeleitet.

Arisierung oder übliches Rechtsgeschäft?

Die GEW Hamburg ist Eigentümerin eines Gebäudes an der Rothenbaumchaussee 19 in Hamburg, aus dessen Vermietung an die Universität Hamburg regelmäßig Einkünfte erzielt werden.

Seit über zwei Jahren wird eine teilweise erbitterte Auseinandersetzung innerhalb der „Bildungsgewerkschaft“ geführt, ob die vorliegenden historischen Fakten es zulassen, davon zu sprechen, dass das Gebäude durch „Arisierung“ in das Eigentum der Gewerkschaft gelangte oder ob der Eigentümerwechsel 1935 ein übliches Rechtsgeschäft darstellte. Mit stets knappen Mehrheiten entschied sich die Hamburger GEW mehrfach, weiterhin Erträge aus dem Gebäude erzielen zu wollen, anstatt es in Anerkennung der historisch mehr als fragwürdigen Aneignung beispielsweise für die

Schaffung eines Jüdischen Museums in Hamburg zur Verfügung zu stellen.

Weitere Informationen über die noch laufenden Auseinandersetzungen sind regelmäßig in der Tagespresse zu finden. Aktuell z. B.: Frankfurter Rundschau vom 19. Juni 2009: „Arisiertes Gebäude‘ der Uni Hamburg. Präsidentin verärgert Jüdische Gemeinde“.

Moritz Terfloth

Austrittserklärungen

(Mai 2009)

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
hiermit erkläre ich meinen sofortigen Austritt aus der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.*

*Als Mitglied und Beirat des Auschwitz-Komitees in der
BRD ist mir ein Verbleiben in meiner Gewerkschaft, der
ich seit 25 Jahren angehöre, nicht mehr möglich ange-
sichts der Beschlusslage der GEW zu der Immobilie
Rothenbaumchaussee 19.*

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Lothar Zieske



Rothenbaumchaussee 19,
Foto: Michael Rauhe, www.abendblatt.de

*Liebe KollegInnen,
hiermit erkläre ich meinen sofortigen Austritt aus der
GEW!*

*Als langjähriges überzeugtes Gewerkschaftsmitglied
musste ich mich entschließen, meiner Bildungsgewerk-
schaft den Rücken zu kehren. Die unwürdigen und in
ihren einzelnen Schritten und Handlungen retrospektiv
nur als ungeheuerlich zu bezeichnenden Windungen
und Irrungen, die die GEW Hamburg um die Immobilie
Rothenbaumchaussee 19 gedreht hat, machen es mir
als Historiker, als denkendem und fühlendem Menschen
und nicht zuletzt als Mitglied des Vorstands des
Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland
e. V. unmöglich, weiter dieser Gewerkschaft anzu-
gehören.*

*Es ist mir völlig unklar, wie eine Gewerkschaft, deren
Mitglieder aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit der
Bildung, der Aufklärung, der wissenschaftlichen Ratio-
nalität und der Erziehung zugewandt sein sollten, mehr-
fach mehrheitlich die ausgetretenen Pfade der am
Eigeninteresse ausgerichteten Geschichtsverfälschung
gehen kann. Als Historiker erspare ich es mir, die in
Rhetorik, Methodik und Analyse fragwürdigen, mühselig
herbeigeforschten „Begründungen“ für eine guten Ge-
wissens weiter zu betreibende wirtschaftliche Ver-
wertung der arisierten Immobilie zu kommentieren.
Was mich aufbringt, ist der von mir eigentlich mit dem
Abtreten der alten Funktionseliten der Nachkriegs-*

*bundesrepublik für überwunden gehaltene Ungeist, gar
nicht erst zu argumentieren, warum man sich über NS-
Unrecht hinwegsetzt, sondern das Unrecht als solches
in Frage zu stellen: eine Verhöhnung der Opfer und ein
völliges Versagen in der Vorbildfunktion!*

*Wenn die Mehrheit der GEW der Auffassung ist, dass
wirtschaftliche Aspekte wichtiger sind als ein aufrichti-
ger, offener und aufklärender Umgang mit der deut-
schen und der eigenen Geschichte, dann soll sie bitte
auch dazu stehen und sich der Diskussion über diese
Haltung stellen. Der Versuch, das eigene Handeln mit
überdehnten Interpretationen der Geschichte der
Arisierung zu rechtfertigen, ist schlicht und ergreifend
unseriös und unehrlich. Wenn die GEW weiter als „anti-
faschistisch“ und als moralisch-politisch unbelastet
ihrer Arbeit nachgehen will, dann kann sie sich diese
Form des Selbstbetrugs nicht erlauben. In diese
Feststellung beziehe ich ausdrücklich alle seither gestar-
teten Versuche ein, den angerichteten Schaden durch
Kompromisse, wo eine Haltung nötig wäre, und durch
Gesten, wo Stellungnahme Pflicht wäre, zu verbrämen.*

*Die menschlich schwer zu ertragenden Umgangs-
formen mit denjenigen, die meine Auffassung hierzu
teilen und sich lauter und früher als ich zu Wort gemel-
det haben, sind darüber hinaus der letzte Anlass für
mich, nicht die Auseinandersetzung innerhalb der
Struktur zu suchen, sondern sie mit Abscheu und
Entsetzen zu verlassen.*

Gruß

Moritz Terfloth

Erinnerung bewahren – authentische Orte erhalten – Verantwortung übernehmen

KZ-Überlebende, die die internationalen Komitees von neun Lagern vertreten, verabschieden in Berlin ein „Vermächtnis“

Wir, die Unterzeichnenden, Überlebende der deutschen Konzentrationslager, Frauen und Männer, vertreten internationale Häftlingskomitees der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos. Wir gedenken unserer ermordeten Familien und der Millionen Opfer, die an diesen Orten der Asche getötet wurden. Ihre Verfolgung und Ermordung aus rassistischen, politischen, religiösen, sozialen, biologischen und ökonomischen Gründen und ein verbrecherischer Krieg haben die Welt an den Rand des Abgrunds geführt und eine schreckliche Bilanz hinterlassen.

Nach unserer Befreiung schworen wir, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen: Wir haben uns engagiert, um eine Wiederkehr dieser unvergleichlichen Verbrechen zu verhindern. Zeitlebens haben wir Zeugnis abgelegt, zeitlebens waren wir darum bemüht, junge Menschen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen und deren Ursachen zu informieren.

Gerade deshalb schmerzt und empört es uns sehr, heute feststellen zu müssen: Die Welt hat zu wenig aus unserer Geschichte gelernt. Gerade deshalb müssen Erinnerung und Gedenken weiterhin gleichermaßen Aufgabe der Bürger und der Staaten sein.

Die ehemaligen Lager sind heute steinerne Zeugen: Sie sind Tatorte, internationale Friedhöfe, Museen und Orte des Lernens. Sie sind Beweise gegen Verleugnung und Verharmlosung und müssen auf Dauer erhalten werden. Sie sind Orte der wissenschaftlichen Forschung und des pädagogischen Engagements. Die pädagogische Betreuung der Besucher muss ausreichend gewährleistet sein.

Die unvergleichlichen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten – erinnert werden muss in diesem Zusammenhang vor allem an den Holocaust – geschehen in deutscher Verantwortung. Deutschland hat viel zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Wir erwarten, dass die Bundesrepublik und ihre Bürger auch in Zukunft ihrer Verantwortung in besonderem Maße gerecht werden.

Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander

aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden. Daher bekräftigen wir den von der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Parlaments und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil vor dem Deutschen Bundestag 2004 ausgesprochenen Appell zur Weitergabe der Erinnerung: „Europa sollte seine gemeinsame Vergangenheit als Ganzes kennen und zu ihr stehen, mit allen Licht- und Schattenseiten; jeder Mitgliedsstaat sollte um seine Fehler und sein Versagen wissen und sich dazu bekennen, mit seiner eigenen Vergangenheit im Reinen zu sein, um auch mit seinen Nachbarn im Reinen sein zu können.“

Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.

Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.

Dies sei unser Vermächtnis.

Berlin, 25. Januar 2009

Noach Flug (Jerusalem) Internationales Auschwitz Komitee

Sam Bloch (New York) World Federation of Bergen-Belsen

Bertrand Herz (Paris) Internationales Buchenwald Komitee

Max Mannheimer (München) Internationales Dachau Komitee

Uri Chanoch (Jerusalem) Internationales Komitee Nebenlager Dachau

Jack Terry (New York) Internationales Flossenbürg Komitee

Albert van Hoey (Brüssel) Internationales Komitee Mittelbau-Dora

Robert Pinçon (Tours) Internationales Neuengamme Komitee

Annette Chalut (Paris) Internationales Ravensbrück Komitee

Pierre Gouffault (Paris) Internationales Sachsenhausen Komitee

„Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt“

Robert Stadlober liest und spielt aus Mihael Sebastians Tagebüchern 1935-1944.

Am 18. Mai 2009 fand im Polittbüro im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Arbeitskreises „Bücherverbrennungen – nie wieder“ in Zusammenarbeit mit dem Auschwitz-Komitee, dem Freien Senderkombinat, der Roten Flora und der Vers- und Kaderschmiede eine außergewöhnliche szenische Lesung statt.



Ausschnitt aus dem Ankündigungsplakat der Lesung am 18. Mai 2009 im Polittbüro in Hamburg

kann sich kaum vorstellen, dass ein Theaterexperiment, wie es im Polittbüro zu erleben war, gelingen kann. Es ist aber meiner Meinung nach weitgehend gelungen, vor allem dank der großartigen Leistung des jungen Schauspielers Robert Stadlober. Er hat die Tagebuchpassagen auf eine distanzierte und doch so einführende Art gelesen und sparsam in Szene gesetzt, dass die Zuschauer im Verlauf des Abends teilhaben konnten an Sebastians Kämpfen gegen Lethargie und Verzweiflung, an seinem Entsetzen über das Verhalten der sich immer weiter dem Faschismus anbietenden Freunde, an den dauernden Einschränkungen und der ständigen Bedrohung seines Lebens und Sebastians Reflexionen über sein eigenes Verhalten in einer Zeit der immer brutaleren Verfolgung und Ermordung.

Barbara Terfloth

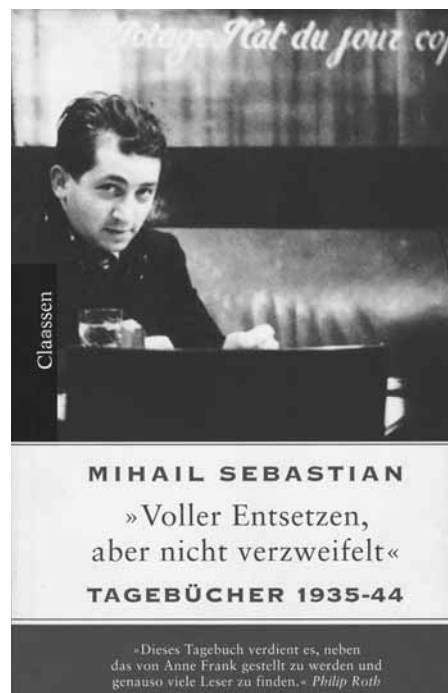
Eine Vorlage für die Umsetzung des Vorhabens, Sebastians Tagebuchtexte auf die Bühne zu bringen, fanden Thomas Ebermann und Berthold Brunner von der Vers- und Kaderschmiede in dem Einpersonentstück, das der Amerikaner David Auburn aus ausgesuchten Passagen der Tagebücher von Mihail Sebastian erarbeitet hat. Brunner und Ebermann ist sehr dafür zu danken, dass sie den Besuchern eine ausführliche Materialiensammlung zum Theaterstück, zu den Tagebüchern, zum Leben und Werk Mihail Sebastians und Informationen zur politischen Situation in Rumänien zwischen 1935 und 1944 zur Verfügung gestellt haben.

Mihail Sebastian (1907-1945) wuchs in einer Familie osteuropäischer Juden mit bürgerlich-liberaler Tradition auf. Er studierte Jura in Bukarest und erhielt 1929 eine Anwaltslizenz, seine wahre Leidenschaft galt aber der Literatur. Er schrieb Romane, Theaterstücke, Essays und Analysen zu Politik und Literatur und avancierte in kurzer Zeit zu einem bekannten und erfolgreichen Schriftsteller. Ursprünglich verstand sich Sebastian als assimilierter Jude und rumänischer Schriftsteller, dem der traditionelle Antisemitismus seines Landes regelmäßige Identitätskrisen bereitete.

Doch mit dem Aufkommen des Faschismus verlor er seinen Status als gleichberechtigter rumänischer Bürger, und mit Beginn des Krieges waren seine Existenz und sein Leben bedroht.

Wer die Tagebücher von Sebastian gelesen hat,

Mihail Sebastian: „Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt“. Tagebücher 1935-1944, hg. von Edward Kanterian, aus dem Rumänischen von Edward Kanterian und Roland Erb, Berlin: Claassen 2005 (ISBN: 3-546-00361-6, 26.00 EUR)



Bilder von den Veranstaltungen zur Erinnerung an die Bücherverbrennung 2008

Fotos: Claudia Kruse



Norbert Wollheim Memorial

Am 2. November 2008 fand die Einweihung des Norbert Wollheim Memorials auf dem Campus der Universität Frankfurt am Main statt. Norbert Wollheim (1913-1998) hat das Konzentrationslager Monowitz überlebt und war wichtiger Initiator des seit den frühen 1950er Jahren andauernden Kampfs gegen die IG Farben AG in Auflösung. In einem Musterprozess errang er eine Entschädigungszahlung.

Über lange Jahre wurde – immer noch erfolglos – darum gerungen, den Platz vor dem IG-Farben-Haus in Anerkennung seiner Leistungen um die Aufklärung der Verflechtungen von Industrie und nationalsozialistischem Massenmord nach Wollheim zu benennen. In seiner Ansprache während der Eröffnungsveranstaltung brachte der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Harry Schnabel, das andauernde Unverständnis, warum die Stadt sich nicht zur Umbenennung durchringen kann, zum Ausdruck. Die Entstehung des Memorials ist zwar durchaus als Folge der öffentlichen Verweigerungshaltung – mit initiiert durch die Universität – zu verstehen, keinesfalls sollte das Memorial aber als Ersatz für die nach wie vor angebrachte Forderung nach einer Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz dienen.

Die Installation aus verschiedenen Fototafeln auf der Freifläche vor dem ehemaligen IG-Farben-Haus ist ein weiterer wichtiger Schritt, um auf die Bedeutung des Ortes, des Gebäudes und vor allem der IG Farben hinzuweisen. Das Auschwitz-Komitee hatte sich an der Realisierung des Memorials finanziell beteiligt, insbesondere an der Herstellung der Bildtafel mit einem Bild der Brüder Ernst und Hans Frankenthal. Bei der Gestaltung des Erinnerungsortes wurden bewusst Fotos aus der Zeit vor der Verfolgung verwendet, um



IG-Farben-Gebäude auf dem Uni-Campus Westend, Frankfurt am Main. Foto: Moritz Terfloth



Hans und Ernst Frankenthal – Wollheim-Memorial Frankfurt. Foto: Moritz Terfloth

den ausradierten jüdischen Alltag und die vernichteten Lebenswelten deutlich zu machen. Die Freilichtinstallation wird ergänzt durch einen Informationspavillon mit Videointerviews der Portraitierten und eine Internetseite, auf der weitere Informationen zu finden sind.

Die durch die denkmalgerechte Sanierung der einstigen Großkonzernzentrale noch hervorgehobene machtvolle Satttheit des Gebäudes schuf einen bedrückenden Kontrast zu den unterschiedlichen, teilweise sehr beeindruckenden Ansprachen der Überlebenden, ihrer Angehörigen und der Ehrengäste. Besonders hervorheben möchte ich Olivia Gruza: Die Enkelin des Monowitz-Überlebenden Chaim Gruza machte auf unmittelbare und sehr berührende Weise mit einer klaren, kurzen Ansprache, in der sie ihre Verbindung zu ihrem Großvater herstellte, deutlich, wie Kurt Goldsteins Appell, die Erinnerung auch durch die „Zeugen der Zeugen“ weiterzutragen, funktionieren kann – danke!

Moritz Terfloth

Vom Besatzungssoldaten zum Widerstandskämpfer

Zu unserer Novemberveranstaltung 2009 hatten wir Hans Heisel eingeladen. Einige kennen ihn aus dem Film „Frankreichs fremde Patrioten“, der den deutschen WiderstandskämpferInnen in der Résistance gewidmet ist.

Hans Heisel wurde am 6. März 1922 in Leverkusen in einer eher unpolitischen Arbeiterfamilie geboren. Nach dem Besuch der achtjährigen Volksschule begann er eine Lehre als Laborant bei Bayer Leverkusen. Er bewarb sich anschließend bei der Handelsmarine und wurde 1939 in die Kriegsmarine eingezogen, die ihn 1940 in Paris stationierte.

Zunächst genoss er das Leben „wie Gott in Frankreich“ in der Weltstadt Paris. Doch schon bald begann er an der Rechtmäßigkeit der Besatzung zu zweifeln und schloss sich schließlich – ohne Wenn und Aber und unter Einsatz seines Lebens – der Résistance an.

In der Vorbereitung zu unserer Veranstaltung hatten wir uns vorgenommen, Hans nach den Beweggründen für diese mutige und, wie wir wissen, außergewöhnliche Entscheidung zu fragen. Nach dem ich Hans kennen lernen konnte, denke ich, es war sein Gerechtigkeitsempfinden, das angesichts von Geiseler-schießungen, den Deportationen und der brutalen Besatzungspolitik geweckt wurde. Er schloss Freundschaften mit Franzosen, einem Friseur und einem Schneider, die ihn 1941 mit der Résistance in Kontakt brachten und mit seinen neuen Genossen Kurt Hälker und Arthur Eberhard, mit denen er eine Widerstandsgruppe innerhalb der Wehrmacht gründete.

Zu ihren Aufgaben gehörte die Aufklärung durch die Verbreitung von Flugblättern unter den Wehrmachts-soldaten, sie besorgten kriegswichtige Informationen und organisierten Waffen für die Résistance.

1942 trat Hans Heisel in die illegale KPD ein. Er gehörte 1943 zu den Gründungsmitgliedern des „Komitees Freies Deutschland“. Im August 1944 desertierte er und nahm am Aufstand von Paris als Kämpfer der Résistance teil.

Hans Heisel gehört auch zu den Widerstandskämpfern und Überlebenden, die im Zuge des KPD-

Verbots verhaftet wurden. 1959/1960 verbrachte er 15 Monate in einem bundesdeutschen Knast. Leider kamen wir auf der Veranstaltung nicht mehr dazu, über die Zeit nach der Befreiung zu sprechen.

Die Veranstaltung in der HWP war sehr gut besucht, und im zweiten Teil wurde das Konzert von Esther und Edna Bejarano und der Gruppe COINCIDENCE wie immer mit Begeisterung aufgenommen.

Ike Büscher



Hans Heisel. Foto: Privatbesitz

Workshop

„Die interministerielle Konferenz im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938: Die politische Führung bespricht die Folgen des Pogroms und die weiteren Planungen zur Verfolgung der jüdischen Bevölkerung.“

Vor über 70 Jahren trafen sich, wenige Tage nach dem November-Pogrom, am 12. November 1938 Minister, hochrangige Ministerialbeamte, NS- und Wirtschaftsfunktionäre zu einer Konferenz, die zum einen die versicherungsrechtlichen Folgen der immensen Schäden der Pogromnacht zum Thema hatte; zum anderen wurden zu diesem Zeitpunkt alle folgenden Maßnahmen zur weiteren Ausgrenzung, Entrechtung, Deportation und Ermordung der jüdischen Bevölkerung angesprochen, besprochen oder beschlossen. Die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen führten direkt zu der weitaus bekannteren „Wannseekonferenz“ am 20. Januar 1942. Das nur ausschnittsweise überlieferte Protokoll war ein Beweismittel beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess. Die technokratisch-zynische Sprache der Konferenzteilnehmer, die zwischen kühler Distanz und kaum verbrämtem Hass changierenden Beiträge und die aus der Geschichte der folgenden Mordmaßnahmen bekannten Gesetze und Verordnungen sind auf 30 Seiten kompakt zusammengefasst.

Nachdem Lothar uns auf dieses Dokument hingewiesen hatte, plante das Auschwitz-Komitee, anlässlich des 70. Jahrestags der Pogromnacht zusätzlich zur traditionellen Jahresveranstaltung eine Veranstaltung zu diesem erschütternden Dokument anzubieten. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Barbara, Nane, Andreas, marius, Lothar und mir, entschied sich vor allem wegen der „Sperrigkeit“ des Textes für eine Art Seminarveranstaltung, in der wir den TeilnehmerInnen ermöglichen wollten, sich eingehender mit dieser Quelle zu befassen.

Im Workshop haben wir einzelnen Aussagen und Abschnitten der Konferenz autobiographische Texte von Überlebenden der NS-Verfolgung gegenübergestellt. Außerdem wurden zu den Beteiligten biographische Hintergründe besprochen und ergänzende Texte vorgestellt. Durch die Konfrontation der abstrakten Tätersprache und ihrer machtvollen Beschlüsse mit den Erlebnissen und Gedanken derjenigen, gegen die sich die auf der Konferenz besprochenen Maßnahmen richteten, wollten wir den realen Bezug und die unmittelbaren Auswirkungen auf das Leben Hunderttausender Menschen herstellen.

Am 13. November 2009 fand schließlich mit über 30 Beteiligten, mit denen wir dankenswerterweise in den Räumen der Talmud-Thora-Schule zu Gast sein durften, der Workshop statt. 70 Jahre nach der Pogromnacht haben wir versucht, die Hinterlassenschaften derjenigen, die vom Schreibtisch aus die Weichen für die Ermordung von Millionen gestellt haben, besser zu verstehen und ihre ungeheuerlichen Auswirkungen auch aus der Perspektive der unmittelbar Betroffenen nachzuvollziehen.

Zum Seminar haben wir eine umfangreiche Materialmappe erstellt, die so aufgebaut ist, dass die Gegenüberstellung zwischen einzelnen Verfolgten-Biographien und den staatlichen Machenschaften auch z. B. für andere Bildungsveranstaltungen, Schulklassen oder Seminare nachvollzogen werden kann.

Bei Interesse können wir uns durchaus vorstellen, dieses Seminar erneut anzubieten.

Moritz Terfloth



Gerechtigkeit, nicht Rache

25. Januar 2009, mittags 13 Uhr. „Wegen Überfüllung geschlossen!“ Ins Polittbüro am Hamburger Steindamm passt niemand mehr rein. Das Auschwitz-Komitee erinnert an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz und widmet diese Veranstaltung seinem Ende 2008 verstorbenen Freund Günther Schwarberg und den Kindern vom Bullenhuser Damm.

Esther Bejarano, Komitee-Vorsitzende, hat ein Grußwort geschickt, sie spricht in Berlin zeitgleich auf einer Konferenz gegen Rechtsextremismus. Moritz Terfloth moderiert wieder kenntnisreich und einfühlsam. Viele FreundInnen sind da: Elsa Werner, Steffi Wittenberg, Peggy Parnass, die Reichenbaums aus Israel, Antje Kosemund, Norman Paech und, auf der Bühne, Sylvia Wempner, Rolf Becker, Joachim Kuntzsch. Eckart Spoo, der Mitherausgeber des „Ossietzky“, würdigt Wirken und Werk seines verstorbenen Freundes: „... damit wir gemeinsam der Opfer des Nazi-Terrors gedenken und dabei über die Täter nicht schweigen. [...] Vieles, was wir heute wissen, verdanken wir Günther Schwarberg, der es erforscht und aufgeschrieben und uns in seiner freundlichen, klugen, einprägsamen Sprache vermittelt hat.“

Aufklären wollte Günther. Und mit der Spurensuche nach Verwandten der 20 ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm hatte er sich seit 1977 eine Lebensaufgabe gestellt, immer begleitet von seiner Frau Barbara Hüsing.

Der Umgang der Justiz mit NS-Verbrechern forderte ihn heraus. 1967 hatte der Hamburger Oberstaatsanwalt Helmuth Münzberg ein Ermittlungsverfahren eingestellt. Begründung: Es fehle das Mordmerkmal der Grausamkeit. „Ihnen [den Kindern] ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden.“

Und der SS-Obersturmführer Arnold Strippel, der den Kindermord am Bullenhuser Damm befohlen hatte, war wieder frei, mit 121.500 DM Haftentschädigung als Zugabe.

Öffentlich wurde das durch Günthers Artikelserie, und seit 1980 treffen sich am 20. April Verwandte der 20 Kinder aus aller Welt in der Schule am Bullenhuser Damm, um zu erinnern.

1986 initiierte Günther mit der Vereinigung „Kinder vom Bullenhuser Damm“ ein Tribunal. „Wir wollen Gerechtigkeit, nicht Rache“, war die Forderung. Aufgezeichnet wurde das in einer SFB-Dokumentation von Lea Rosh und Günther Schwarberg, „Das Tribunal. Mord am Bullenhuser Damm“. Die Erstausstrahlung in der ARD im November 1986 erregte Teile der Richterschaft. Vom „Demagogen“ Schwarberg war da die Rede. Am 25. Januar 2009 sehen etliche hundert Menschen in Hamburg diesen Film im Polittbüro, sehen dieses zeitgeschichtliche Dokument für die Kontinuität der antifaschistischen Aufklärung – und würdigen so die Arbeit von Günther und seinen Freunden.



20. April 2009, Gedenkfeier am Bullenhuser Damm – Rosengarten. Foto: Helga Obens

Rolf Becker spricht dann einen anderen Aspekt des Schaffens von Günther an, seine Recherchen zu Fritz Löhner-Beda, dem Librettisten, dem „weltberühmten Unbekannten“, der, wie Günther sagte, „die schönsten Lieder der Welt schrieb“ und dann in Auschwitz erschlagen wurde. Und Joachim Kuntzsch, Sänger, Sprecher, Komponist und Pianist, singt es dann, das „Buchenwaldlied“, begleitet sich am Flügel. Meisterlich. Getextet hat Fritz Löhner-Beda es im KZ Buchenwald, wo Hermann Leopoldi es auch vertonte. Ein Lied im KZ? Ein KZ-Kommandant hatte unter den Gefangenen einen Wettbewerb ausgeschrieben für ein „Lager-Lied“, ein „zünftiger Marsch“ sollte das sein. Gewinner war dieses Lied, das Löhner-Beda anonym getextet hatte. Denn Juden war die Teilnahme verboten.

Sylvia Wempner liest für Günther aus seinem letzten Buch „Das vergess ich nie. Erinnerungen aus einem Reporterleben“. Es ist absolut still im Saal. Was für ein Leben. Aber: Die Worte und Bücher bleiben!

Gegen 16 Uhr: Im draußen wartenden Bus wird es eng, es geht weiter zur Gedenkstätte Bullenhuser Damm. Ulrich Sander aus Dortmund, 1946 eingeschult am Bullenhuser Damm, erinnert sich und berichtet über die Schulspeisungen im Keller der Schule und an das große Beschweigen in der Nachkriegszeit. Und auch hier wird alles Gesagte virtuos in Deutsche Gebärdensprache gedolmetscht, wie es vom Auschwitz-Komitee bei allen Großveranstaltungen angeboten wird.

Im Rosengarten draußen vor der Gedenkstätte treffen sie sich dann: der Schauspieler Rolf Becker, der leidenschaftlich mahnt, Mut zu zeigen gegen die Rechten und Ewiggestrigen – und Bella und Yitzack Reichenbaum aus Israel. Yitzacks Bruder Eduard Reichenbaum wurde nur zehn Jahre alt. Er war eines der 20 ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm.

Danke, Günther Schwarberg. Wir vergessen dich nie.

Helga Obens



Foto: Helga Obens

Buchenwaldlied

Wenn der Tag erwacht, eh' die Sonne lacht,
die Kolonnen zieh'n zu den Tages Müh'n
hinein in den grauenden Morgen.
Und der Wald ist schwarz und der Himmel rot,
und wir tragen im Brotsack ein Stückchen Brot
und im Herzen, im Herzen die Sorgen.

O Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen,
weil du mein Schicksal bist.
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen,
wie wundervoll die Freiheit ist!
O Buchenwald, wir jammern nicht und klagen,
und was auch unser Schicksal sei,
wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen,
denn einmal kommt der Tag: Dann sind wir frei!

Und das Blut ist heiß und das Mäd'el fern,
und der Wind singt leis', und ich hab' sie so gern,
wenn treu sie, ja, treu sie nur bliebe!
Und die Steine sind hart, aber fest unser Tritt,
und wir tragen die Picken und Spaten mit
und im Herzen, im Herzen die Liebe.
O Buchenwald, ...

Und die Nacht ist kurz, und der Tag ist so lang,
doch ein Lied erklingt, das die Heimat sang:
wir lassen den Mut uns nicht rauben!
Halte Schritt, Kamerad, und verlier nicht den Mut,
denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut
und im Herzen, im Herzen den Glauben.
O Buchenwald, ...

*Text: Fritz Löhner-Beda,
Melodie: Hermann Leopoldi*

Das Auschwitz-Komitee veranstaltet 2010 wieder eine Bildungsfahrt in die Gedenkstätte Konzentrationslager Auschwitz in Oswiecim.

Termin: 7. März bis 14. März 2010 (voraussichtlich)

Die Bildungsfahrt soll ein Angebot für alle sein, die versuchen wollen, sich dem Ort, der als Symbol für millionenfachen Mord steht, zu nähern, die sich mit der Geschichte der Ermordung der europäischen Juden und Sinti und Roma auseinandersetzen wollen und die für ihre politische, pädagogische oder erzieherische Arbeit mehr Informationen und Hintergründe gegen das Vergessen erlangen wollen.

Zu Beginn der Reise werden wir zwei Nächte in Krakow verbringen, um uns dort vor allem mit der jüdischen Geschichte und Kultur sowie Aspekten des Widerstands gegen deutschen Terror und Besatzung zu befassen. Anschließend wollen wir gemeinsam fünf Nächte in der internationalen Jugendbegegnungsstätte Oswiecim verbringen. Während des Aufenthalts in Oswiecim werden wir gemeinsam an Führungen durch

die Gedenkstätten der verschiedenen Lager teilnehmen, uns mit pädagogischen Fragen oder der Archivarbeit befassen, gemeinsam sprechen und Filme sehen und uns mit der Geschichte und der Gegenwart des Ortes auseinandersetzen.

Zur Vorbereitung werden wir an einem vorher liegenden Wochenende ein ganztägiges Treffen anbieten. Der genaue Termin wird noch festgelegt.

Die Fahrt findet per Bus oder Bahn ab Hamburg statt, Unterbringung in Doppel- bzw. Dreierzimmern (nur wenige Einzelzimmer sind gegen Aufpreis möglich).

Die Gruppengröße beträgt 25-30 TeilnehmerInnen.

Die genauen An- und Abfahrtswege, die Reisekosten und das Programm werden zurzeit von der Vorbereitungsgruppe geplant. Ab September/Oktober 2009 können wir die Details dann allen Interessierten mitteilen.

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, kann schon einmal an uns schreiben, per Brief an unsere Postfachadresse oder per E-mail: auschwitzkomitee@aol.com

Moritz Terfloth

Paris – Boulevard St. Martin No. 11

Peter Gingold hatte im Alter von 90 Jahren neben all seinen immer noch wahrgenommenen Verpflichtungen begonnen, seine Erinnerungen zu schreiben. Er konnte aber infolge seiner rasch abnehmenden Kräfte in den letzten Monaten seines Lebens das Manuskript nicht mehr ergänzen und überarbeiten.

Sonja Axen hat seine Aufzeichnungen und diktieren Texte so gut in eine zusammenhängende Form gebracht, dass aus jeder Zeile genau der Peter spricht, wie ihn die Menschen, die ihn kannten und schätzen, erlebt haben.

Dem Herausgeber Ulrich Schneider ist es gelungen, mit seiner Überarbeitung und den eingefügten Informationstexten ein großartiges und wichtiges Buch zu gestalten.

„Vielmals diskutierten wir mit Peter die Frage, dass die junge Generation seinen politischen Werdegang und den daraus resultierenden Kampfeswillen nur dann verstehen kann, wenn nachfühlbar erzählt wird von der Wärme des Elternhauses und von eindrucksvollen Kindheits- und Jugenderlebnissen. Es ist nicht wirkungsvoll, die Weltgeschichte zu schildern, ohne ihr die Färbung der eigenen Gefühle zu verleihen. Dieses Erkenntnis war für Peter die Grundlage seiner Gespräche mit Jugendlichen. Nur auf diesem Wege war es möglich, ihr eigenes Denkvermögen zu entwickeln und gleichzeitig ihr Herz zu berühren.“ Aus den „Nachgedanken“ von Sonja Axen, S. 186.

Barbara Terfloth

Peter Gingold: Paris – Boulevard St. Martin No. 11.

Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik, hg. von Ulrich Schneider, Köln: PapyRossa 2009 (ISBN: 978-3-89438-407-4, 14,90 EUR)

